

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6462.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Wirtschaftliche Kenntnisse — das stärkste Rüstzeug der Zukunft.

Der Enqueteausschuss über die Betriebsräte im Aufsichtsrat.
Der Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enqueteausschuss) hat ausgedehnte Verhandlungen gepflogen über die allgemeine Gestaltung der deutschen Wirtschaft und über die Wandlungen, die sich in letzter Zeit in den wirtschaftlichen Organisationsformen bemerkbar gemacht haben. Über diese Tätigkeit ist jetzt ein Bericht erschienen. Dieser bringt umfangreiches Material über das Problem der Aktiengesellschaften, die Aufgaben des Vorstandes, des Aufsichtsrats usw. Im Rahmen dieser Untersuchungen befindet sich auch ein Kapitel, betitelt: „Sondervernehmungen über den Einfluss des Eintritts der Betriebsräte im Aufsichtsrat.“ Es sind dort zuerst Unternehmer und Aufsichtsratsmitglieder über diese Frage vernommen worden, und anschließend daran sind auch einige Betriebsräte gefragt worden, um über ihre Wirksamkeit in den Aufsichtsräten Auskunft zu geben. Dabei kamen interessante Lichtblicke über dieses für die Gewerkschaftsbewegung so wichtige Problem zustande. Versuchen wir, einen Gesamtüberblick zu geben.

Was die Unternehmer sagen.

Sowohl die Unternehmer und Aufsichtsratsmitglieder in Frage kommen, haben diese nach ihrer Meinung bisher sehr wenig von der Tätigkeit der Betriebsräte im Aufsichtsrat wahrgenommen. Hören wir einige Aussprüche. Geheimrat Louis Hagen, der ungefähr 60 Aktiengesellschaften als Aufsichtsratsmitglied angehört, ließ sich u. a. folgendermaßen aus: „Die Mitwirkung der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat macht sich vor allem nach der Richtung hin bemerkbar, daß sie, wenn sie überhaupt jemals das Wort nehmen, versuchen, für sich resp. für Arbeiter und Angestellte im allgemeinen etwas zu erreichen.“ „Sonst habe ich im Laufe der Jahre niemals etwas Auffallendes von ihnen gesehen.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich die Betriebsräte über betriebliche Fragen oder solche der Bilanz usw. gekümmert hätten, sagt Hagen: „Meiner Meinung nach so gut wie gar nicht. Sie hören aber nicht, so daß ich an dieser Einrichtung nichts ändern würde.“ Bekanntlich sind nach dem Eintritt der Betriebsräte im Aufsichtsrat vielfach Ausschüsse und Kommissionen gewählt worden, in denen Fragen behandelt werden, die früher zur Aufgabe des gesamten Aufsichtsrats gehörten und heute diesen entzogen sind. Die Frage des Vorsitzenden, ob dies auf die Hinzuziehung von Arbeitervertretern zurückzuführen sei, beantwortet der obige Sachverständige mit folgenden Worten: „Insofern, als man in einer Reihe von Fällen das Engagement von Vorstandsmitgliedern dem Präsidium oder dem Präsidenten übertragen hat, um diese Dinge nicht vor dem gesamten Aufsichtsrat, in dem die Betriebsräte auch sind, besprechen zu müssen. . . . Daß das eine Beschränkung für manches Mitglied des Aufsichtsrats bedeutet, ist keine Frage. Es handelt sich in der Tat um eine Beeinträchtigung der Aktivität der Aufsichtsratsmitglieder. Aber, wie gesagt, solche Dinge lassen sich in Gegenwart der Betriebsräte nicht verhandeln, weil, dann Vergleiche gezogen werden, die unmöglich sind.“

Der Sachverständige Dr. Schlüter (Bankdirektor) bemerkte u. a. folgendes: „Die Betriebsräte nehmen im Aufsichtsrat meist das Wort zu den paar Punkten, wo es sich um Arbeiterfragen, um die Arbeitszeit, um die Löhne und um die Wohlfahrts Einrichtungen handelt. Im übrigen haben die Herren, die oft sehr intelligent und redigewandt sind, nicht die nötigen Erfahrungen und Kenntnisse, um zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen.“ Auch Dr. Schlüter gibt zu, daß man bestimmte Sachen dem Gesamtaufsichtsrat entzogen hat und sie in Kommissionen erledigt. Der Sachverständige Justizrat Dr. Pinner bemerkt hierzu, daß das Reichsgericht es für zulässig erklärt hat, Ausschüsse des Aufsichtsrats zu bilden, ohne in diese Ausschüsse Betriebsratsmitglieder hineinzuwählen. Auch andere Sachverständige bestätigen, daß durch alle möglichen Winkelzüge versucht wird, die Betriebsräte von wichtigen Fragen auszuschalten. Herr v. Siemens, der Leiter des großen Siemens-Konzerns, bestätigt, daß die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat sich sehr lebhaft an der Debatte beteiligen, und er fügt hinzu: „Mit dem einen Betriebsrat, der ein kluger und famoser Mensch ist, gibt es auch schon einmal wirtschaftliche Debatten. Beide Betriebsratsmitglieder bringen eventuelle Wünsche vor. Aber wenn sie wirkliche Wünsche haben, kommen sie gewöhnlich zu mir.“ Sehr charakteristisch ist noch eine Äußerung des Sachverständigen Dr. Raschig: „Die Betriebsräte schweigen vollkommen still; sie fragen nicht, sie treten nicht hervor. Der Einfluss ist meines Erachtens gleich Null.“ Wenn auch eine Reihe Unternehmer, Generaldirektoren und Aufsichtsratskönige sich über die Bedeutung der Betriebsräte im Aufsichtsrat nicht sehr lobend ausgesprochen haben, so bestätigten sie aber indirekt, daß man Angst vor ihnen hat und die Aufsichtsräte entsprechend umstellt. Dadurch wird am besten bewiesen, wie wichtig die Vertretung

der Arbeiterschaft im Aufsichtsrat ist. Aus den Äußerungen der Sachverständigen ging aber eins klar hervor, daß sie sich vor dem Augenblick fürchten, wo die Betriebsräte in der Lage sind, in das Wirtschaftsgetriebe besser Einblick zu nehmen.

Die Betriebsräte über ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat. Es ist natürlich von Interesse, welche Wahrnehmungen die Betriebsräte selbst gemacht haben. Aus den Äußerungen der vernommenen Betriebsräte heben wir folgendes hervor: Der Vertreter der Arbeiterschaft der Siemensbetriebe im Aufsichtsrat macht längere Ausführungen über seine Erfahrungen und erklärt, daß die sozialpolitischen Fragen naturgemäß im Vordergrund stehen müssen. Die rein kommerziellen

Informationen zu erlangen gewesen seien. Bezeichnenderweise hat das kommunistische Mitglied des Enqueteausschusses, Koenen, durch Fragen immer wieder festzustellen versucht, ob die Betriebsratsmitglieder nicht in ihrer Eigenschaft als Betriebsräte zu den gleichen Resultaten hätten kommen können. Von jedem der Befragten wurde dies verneint. Sehr interessant ist die Meinung eines Betriebsrates, die vielleicht den Schlüssel zu der ganzen Frage bildet: „Es ist selbstverständlich, daß man sich erst auf den Hofboden sehen muß. Wenn jemand längere Zeit im Aufsichtsrat ist, kann er nach meiner Meinung da auch praktische Arbeit leisten. Aber da krankt es gerade bei unseren eigenen Kollegen, daß es nicht danach geht, ob man sich dazu eignet. Da kommen gerade die Freunde von Herrn Koenen, die uns da Schwierigkeiten machen. Wenn man sich sagen muß: du gehst da nur einmal hin und das nächste Mal nicht wieder, dann ist ja alle Zeit, die man auf das Studium der Dinge verwendet, verloren.“

Welche Schlüsse sind zu ziehen?

Das A und O alles dessen sind wirtschaftliche Kenntnisse. Die Personen, welche über diese in ausreichender Weise verfügen, sind so wie so dünn gesät. Der Arbeiterschaft kann man ihre Nichtkenntnis nicht zum Vorwurf machen, denn sie haben nur geringere Schulbildung genossen. Aber je mehr die Gewerkschaften zu höheren Zielen kommen und zu Wirtschaftsfaktoren emporklimmen, je mehr sind wirtschaftliche Kenntnisse im gewerkschaftlichen Kampf eine unbedingte Notwendigkeit. Die Untersuchungen des Enqueteausschusses haben aber auch klar erwiesen, daß die Arbeiterschaft bei der Auswahl der Betriebsratsmitglieder vorsichtig zu Werke gehen muß. Nicht jeder eignet sich zu diesem verantwortungsvollen Amt. Der Einfluss der Arbeiterschaft in den Betrieben wird mehr und mehr zur Personenfrage. Wissen ist Macht! Dieses Wort des alten Liebknecht hat niemals eine bessere Berechtigung erfahren als bei den Fragen über den Einfluss der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Die Gewerkschaften müssen schleunigst dafür sorgen, daß die auf vorgeschobenen Posten stehenden Mitglieder in wirtschaftlichen Dingen besser geschult werden.

Beim

Papierarbeiter Blechsohle stellte sich neulich ein Werkvereiner vor. Der hielt ihm einen lehrreichen Vortrag, wie unklug er sei, weil er immer noch „im Verband“ wäre: „Der hilft dir ja doch nicht; wenn du ein rechter Kerl bist, mußt du dir selber helfen. Dazu brauchst du gar nicht die Bonzen aus deinem

Geldbeutel

zu bezahlen. Wenn du dem Werkverein beitriffst, dann kannst du den Verbandsbeitrag sparen, und der Herr Fabrikbesitzer gibt dir doch einen höheren Lohn.“ Aber Blechsohle

hört

nicht auf diese „klugen“ Worte des „Kollegen“ Leisetreter: „Ich bin schon zehn Jahre in der Fabrik und arbeite fleißig. Aber noch nie ist der Alte von selbst zu mir gekommen und hat gesagt: ‚Blechsohle, Sie verdienen zu wenig, Sie müssen mehr haben.‘ Im Gegenteil,

die

Lohnerhöhungen hat der Verband immer erst erkämpfen müssen, und mein Verbandsbeitrag ist so das best angelegte Kapital für mich gewesen. So kann ich wenigstens ein freier, anständiger Mensch bleiben und brauche nicht um die

Freundschaft

der Unternehmer zu betteln, die noch immer am gefährlichsten gewesen sind, wenn sie mit der Maske des Freundes kommen. Ich will bei meinen gleichgesinnten Kollegen bleiben, die auch nicht

auf

dein Süßholzrosen hören. Wir wissen es schon lange, daß nicht Betteln, sondern Fordern unser gutes Recht ist, und unsere beste Waffe unsere Einigkeit im Verband.“

Fragen des Unternehmens mußten für die Betriebsratsvertreter im Aufsichtsrat schon deswegen zunächst in den Hintergrund treten, weil wohl nur die wenigsten Betriebsratsmitglieder, die neu zu einer Aufsichtsrats-tätigkeit kamen, so eingebildet und vermessen waren, anzunehmen, daß sie in der Lage wären, besondere Vorschläge für die Entwicklung eines modernen Großbetriebes machen zu können. Trotzdem haben sich die Betriebsratsmitglieder auch mit diesen Fragen beschäftigt, wenn sie durch ihre Wahl längere Zeit einem Aufsichtsrat angehört haben. . . . Der geringere oder stärkere Einfluss wird zweifellos immer von der persönlichen Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder abhängen, und vor allen Dingen von der Tatsache, wie weit es ihnen gelingt, sich durch Verbindungen innerhalb einer Gesellschaft die Kenntnis der Geschäftsverhältnisse zu verschaffen.“ Über die Methoden, wie die Aufsichtsrats-sitzungen abgehalten werden, äußert sich ein Betriebsratsmitglied einer chemischen Fabrik folgendermaßen: „Die Sitzungen sind außerordentlich kurz und geben sehr schematisch vor sich. Selbst die Aufsichtsratsmitglieder haben selten Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, die Beschlüsse werden vorgelesen, und anschließend daran heißt es gleich: Widerspruch erhebt sich nicht, die Sache ist genehmigt. Will ein Mitglied sich zum Worte melden, dann heißt es, die Debatte ist geschlossen.“

Wiedereinstimmend haben die Betriebsräte vor dem Enqueteausschuss erklärt, daß die Vertretung der Arbeiter-

Die Lohnerhöhungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und ihre Wirkungen

Im Braunkohlenbergbau haben die Arbeitnehmer durch einen Streik eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Ob nun die Klagen der Unternehmer so erschütternd auf die Reichsregierung gewirkt haben oder was sonst, jedenfalls hat sich die Reichsregierung bewegen gefühlt, eine wissenschaftliche Kommission mit der Untersuchung dieser Industrie zu beauftragen. Aber den Wert der Einsetzung von Kommissionen mag man denken wie man will. Diese Kommission, nach ihrem Führer Professor Schmalenbach die Schmalenbach-Kommission genannt, hat durch ihre Arbeit ganz überraschende Resultate zutage gefördert. Da neben anderen Wirtschaftlern und Wissenschaftlern auch der Generaldirektor der rheinischen Braunkohlenindustrie Bredt in der Kommission tätig gewesen ist, darf man den Feststellungen dieser Kommission wohl Sachkunde und Autorität nicht absprechen, aber auch keine übergroße Parteilichkeit zugunsten der Arbeitnehmer zum Vorwurf machen.

Desto wertvoller sind für uns die Resultate der Arbeit der untersuchenden Herren. Es ergibt sich aus ihnen nicht mehr oder weniger, als daß der mitteldeutsche Bergarbeiterfreier hätte vermieden werden können, wenn, ja wenn die Herren der Braunkohlenindustrie es nur gewollt hätten. Sie haben es nicht gewollt. Sie haben lieber den Kampf ausbrechen lassen, haben mit allen möglichen Argumenten die Unmöglichkeit einer Lohnerhöhung dargelegt, die unbedingt den Ruin der Braunkohlenindustrie mit sich bringen würde, als in ihren Betrieben einmal nachzuschauen, ob nicht dort auch auf andere Weise etwas zu sparen wäre als an den Löhnen der Arbeiter. Die Kommission hat festgestellt, daß sich durch Rationalisierung aller Art eine Rentabilitätssteigerung um 50% erreichen lasse. Sie hat auf folgende Ersparnis-möglichkeiten hingewiesen: 1. Ersparnis-möglichkeiten in der Absatzorganisation. Nur der allergeringste Teil der Briquetproduktion wird auf direktem Wege an den Konsumenten verkauft, d. h. ohne Ausschaltung des Zwischenhandels. Die Veranlassung liegt nahe, daß es sich bei den Arbeitnehmern dieses geringen Teiles der Produktion um Großabnehmer handelt, daß also der Kleinverbraucher seine Ware erst aus zweiter oder dritter Hand erhält. Und so ist es auch. Der weitaus größte Teil der Produktion geht an Großhandelsfirmen oder zu den Werkshandels-gesellschaften. Viele haben meist einen großen Einfluss auf die Produzenten, so daß sie fast die ganze Verkaufsorganisation in Händen haben.

Weitere Ersparnis-möglichkeiten sieht die Kommission in der Vermeidung unwirtschaftlicher Transporte, in der Aus-

haltung unrationeller Betriebe und im Verzicht auf verlustbringenden Absatz in den bestrittenen Gebieten. Über den letzten Punkt könnte man streiten. Es ist zu verstehen, daß kein Kaufmann ein Absatzgebiet gerne aufgibt, auch wenn es noch nicht so rentabel ist, er hofft vielleicht immer noch auf Besserung. Aber auch wenn wir uns die Ersparnismöglichkeiten in der Absatzorganisation näher betrachten, so ergibt sich, daß sowohl bei der Organisation des Großhandels als auch (und fast noch mehr) bei der Organisation des Kleinhandels eine Ersparnis möglich sein würde, die die durch die Lohnerhöhung entstandene Steigerung der Produktionskosten mehr als weit zu machen imstande wäre.

Die Belastung der Produktionskosten durch die durch den Schiedspruch erfolgte Lohnerhöhung wird von der Schmalenbach-Kommission auf etwa 56 Pf. für die Tonne geschätzt. Die Summe der durch die unrationelle Absatzorganisation des Großhandels verursachten Kosten beträgt in Mitteldeutschland 1,49 Mk. je Tonne und 1,41 Mk. bei den ostfälischen Braunkohlenwerken. Papagen hat die Schmalenbach-Kommission die „zulässigen“ Großhandelskosten auf 1,15 bzw. 1,05 Mk. berechnet. Es ergibt sich also allein bei den Großhandelskosten eine mögliche Ersparnis von 34 bzw. 36 Pf. je Tonne. Die Mehrbelastung von 56 Pf. durch die leidige Lohnerhöhung ist also schon um mehr als die Hälfte ausgleichbar durch entsprechende Rationalisierung der Großhandelsorganisation. Noch besser aber wird das Bild, wenn man auch die beim Kleinhandelswesen möglichen Ersparnisse berücksichtigt. Diese werden von der Kommission, an deren sachlicher und objektiver Arbeit wir nicht zweifeln wollen, für vermutlich viel größer möglich gehalten als beim Großhandelswesen. Wir haben also allen Grund zu der Vermutung, daß allein durch die Ersparnisse bei der Kleinhandelsorganisation die „untragbare“ Belastung von 56 Pf. durch den Schiedspruch mehr als gedeckt werden kann. Hat doch die Untersuchung festgestellt, daß der Zuschlag, der infolge des Kleinhandels auf die Produktionskosten erfolgt, höher ist als die Summe, die der Produzent für seine Ware erhält. Der Fabrikant erhält etwa für die Tonne 13,90 Mk., aber der Konsument in Berlin z. B. bezahlt für die Tonne ungefähr 36 Mk. einschließlich Frachtkosten. Jedenfalls erhält der Kleinhändler in Berlin über 15 Mk. mehr für die Tonne als das Erzeugerwerk. Das ist doch ungeheuerlich. Der Bericht sagt ausdrücklich: „Die Höhe der Unkosten ist auf die gegenwärtige Kleinhandelsorganisation zurückzuführen.“ Was den Ergebnissen der Untersuchungsarbeit eine besonders pikante Note verleiht, ist aber der Umstand, daß der Bericht die preisregulierende Tätigkeit der Konsumentenvereine erwähnt, die nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten eine außerordentlich günstige Wirkung auf die Preise zugunsten der Verbraucher ausübten. Hier wird der Verbraucher einmal von regierungsseitig berufener Stelle ein Weg zur Rationalisierung der Preise gezeigt, der schon viele Erfolge gebracht hat, und nicht nur in bezug auf Kohlen.

Daß eine Arbeit, die solche Ergebnisse zeitigt, wie die Untersuchungen der Schmalenbach-Kommission, nicht unangegriffen bleiben konnte, ist selbstverständlich. Sowohl die Braunkohlenproduzenten, die den Großverkauf besorgen, haben sich dagegen gewandt, daß die Resultate der Untersuchungen in allen Teilen zutreffend seien, als auch die Händler. Aber die gegnerische Kritik steht auf schwachen Füßen, und zwar in doppelter Hinsicht: Erstens geht sie auf die entscheidenden Punkte des Gutachtens überhaupt nicht ein, und zweitens beurteilt sie alles vom gegenwärtigen Stande der Organisation aus. Eine gründliche Änderung der bestehenden Absatzorganisationen usw., wie sie nach den Vorschlägen des Gutachtens möglich gewesen wäre, fassen die Gegner anheimelnd überhaupt nicht ins Auge. Ingegeben mag werden, daß das einige Zeit in Anspruch nehmen und vielleicht in

manchen Zweigen der Kleinhandelsorganisationen einem heftigen Widerstand begegnen würde, wie denn gerade diese letztere Frage eine der am schwierigsten zu lösenden sein würde. Es scheint aber in diesen Organisationen ein gewisses Ineinandergreifen der Interessen von Händlern und Erzeugern vorhanden zu sein, das eine schärfere organisatorische Trennung, vielleicht auch eine Trennung in bezug auf die Preiskalkulation, schwer macht.

Wie dem auch sei: Für die Arbeitnehmer-Schaft hat die Arbeit der Schmalenbach-Kommission zwei wertvolle Ergebnisse gezeitigt: Das eine, daß einmal durch eine wissenschaftlich einwandfreie, sachlich objektive, dazu noch von der Regierung bestellte Kommission den Bergarbeitern bestätigt wird, daß ihre gesteigerten Löhne die Braunkohlenindustrie noch nicht ruinierten, und das zweite, daß ihnen auch von der Regierung und ihren Wissenschaftlern, aber auch von ihren Wirtschaftlern gesagt wird, daß die Regulierung der Preise zu einem großen Teil in ihrer eigenen Hand liegt. Schließlich dient doch alle Produktion der Konsumtion, und die Verbraucher sind den Erzeugern der Waren mindestens ebenbürtig im Kampfe um den Preis, wenn sie sich die entsprechenden Organisationen schaffen. Der Weg dazu ist ihnen gezeigt.

Lehrlingswesen, Berufsbildung und Fabrikarbeiter in England.

Der Schulzwang hört in England mit dem Verlassen der Volksschule auf, und Berufsschulen nach deutschem Muster sind unbekannt. Allerdings ist eine starke, von den Gewerkschaften unterstützte Bewegung im Gange, die das schulpflichtige Alter bis zu 15 Jahren hinaufgehoben haben will. Das Gesetz, das die Kontrolle über die Schule den Kommunen überläßt, erlaubt aus freier Initiative, das Schulalter bis zu 15 Jahren auszuweihen, jedoch haben bis jetzt nur zwei Kommunen von diesem Recht Gebrauch gemacht. Nun bildet auch vielfach der Arbeitsunterricht ein Lehrfach der Volksschule, was zweifellos eine gute und nachahmenswerte Einrichtung ist.

Ein anschauliches Bild des Lehrlingswesens sowie der beruflichen Ausbildung liefern die vom englischen Arbeitsministerium herausgegebenen Berichte über die Verhältnisse der einzelnen Industrien. Aus den von den Unternehmern gelieferten Angaben ergibt sich, daß diese auf die technische Ausbildung der Lehrlinge großes Gewicht legen. So heißt es in einem Gutachten aus dem Schreinerhandwerk:

Überall dort, wo Fortbildungsmöglichkeiten bestehen, legen die Unternehmer großes Gewicht auf die technische Ausbildung der Lehrlinge. Viele Unternehmer zahlen das Schulgeld und geben Preise für gute Schularbeiten. Allgemein sind die Unternehmer der Ansicht, daß die bestehenden Fortbildungseinrichtungen ausreichend sind, um so mehr, als durch die Vereinfachungsmethoden im Produktionsprozeß und das Fortschreiten der Maschinenarbeit sowie aus anderen Ursachen, die Nachfrage nach gelernten Arbeitern eine sinkende Tendenz aufweist.

Eine solche Stellungnahme könnte von den deutschen Gewerkschaften natürlich nicht anerkannt werden. Trotz aller kapitalistischen Rationalisierungsmethoden muß dem Erbe entgegengearbeitet werden, aus der heranwachsenden Jugend nur Simpels- und Handlanger machen zu wollen. Da sind die deutschen Bildungsbestrebungen doch schon viel besser, schon deshalb, weil Fragen dieser Art in das Ermessen eines einzelnen Standes (der Unternehmer) nicht gelegt werden dürfen. Hier muß der Staat als Vertreter des Gemeinwillens eingreifen. Durch das englische System ist dem Heer der Fabrikarbeiter die Möglichkeit der technischen Durchbildung sehr erschwert, da die Unternehmer aus „wohl-

erwogenen“ Interessen heraus nur auf die technische Ausbildung „bestimmter“ Lehrlinge Rücksicht nehmen müssen und sich um das Fortkommen der Jugendlichen, die keiner Lehrzeit unterliegen, überhaupt nicht kümmern werden. Für die Jugendlichen des Bergbaus, der Chemie, der Hütten- und Holzwerke, ferner für große Teile des Baugewerbes u. a. m. gibt es (außer den Abend-schulen) keinerlei technische Ausbildung. Hier zeigt sich ganz deutlich, wie notwendig auch der Schulzwang über das Volksschulalter hinaus ist.

Dort, wo eine Lehrzeit notwendig ist, beträgt diese fünf bis sieben Jahre, auch gibt es eine solche von vier oder sechs Jahren. Der Vollarbeiter im Sinne des Tarifs beginnt gewöhnlich mit dem vollendeten 22. Lebensjahre. In Fabriken arbeiten die Jugendlichen als „Lerner“ und auch hier dauert das „Lernen“ bis zum 21. oder 22. Lebensjahre.

In der Papierfabrikation gibt es den kleinen Zweig des „handgemachten Papiers“. (Es handelt sich hier um feinstes Schreibpapier.) Die Lehrzeit beträgt fünf, sechs oder auch sieben Jahre, was vom Eintrittsalter abhängt. Der Dreizehnjährige braucht nur eine Lehrzeit von fünf Jahren durchzumachen. Die Entschädigungssätze für Lehrlinge oder auch für „Angelernte“ betragen 12 bis 22 Mark im ersten Jahre und 42 bis 44,50 Mark im letzten Jahre.

In der Tapetenfabrikation gibt es ein Lehrsystem, das durch den Industrial Council (Berufsschlichtungsausschuß) geregelt ist. Auf jeden dritten Vollarbeiter kommt ein Lehrling, auf sieben Vollarbeiter zwei und auf zwölf Vollarbeiter drei Lehrlinge. Diese Einrichtung besteht hauptsächlich für Graveure, Farbenmischer und Maschinendruckler. Da in der Papierfabrikation Mangel an Facharbeitern besteht, hat die Gewerkschaft in eine Lockerung der Lehrlingsbeschränkung eingewilligt. Die Entschädigungssätze betragen im ersten Jahre 10 bis 12 Mark und im letzten Jahre 36 bis 40 Mark. Jugendliche, die erst mit 15 oder 16 Jahren eintreten, erhalten im ersten Jahre 12 bis 30 Mark, und im letzten Jahre 41 bis 54 Mark.

Für die Papier- und Pappschachtelindustrie besteht ein staatlich geschütztes Lohnamt; dasselbe gilt für die Industrie der Tintenmacher. In beiden Industrien überwiegt die Frauenarbeit. Die Periode des „Anlernens“ beträgt vier Jahre.

Die Lohnämter, die seit 1919 auch für Fabriken zur Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen zuständig sind, haben eine bessere Regelung in das System der Ausbildung Jugendlicher gebracht, was sehr zu begrüßen ist. Vor dem Kriege kümmerten sich die Gewerkschaften um das Lehrlingswesen wenig oder gar nicht. Die Lohnämter haben nicht nur Ordnung geschaffen in denen Industrien, wo der gewerkschaftliche Gedanke nicht reifen konnte; sie haben auch das ganze Lehrlingswesen auf eine halbwegs höhere Stufe gebracht. Allerdings ist ja die große Spanne in den Lohnsätzen für Lehrlinge und „Angelernte“ recht auffällig. W. Weingarth.

Der Maschinenmensch.

Wenn irgendwo die Worte von den Wunderwerken der Technik zutreffen, dann auf in letzter Zeit konstruierte Maschinen. Die Maschine nimmt dem Menschen nicht nur die harte Knochenarbeit ab, ihr ist auch ein Teil des menschlichen Gehirns einverleibt. Das fein entwickelte System der Gehirnwindungen hebt den Menschen über das Tierreich hinaus und macht ihn zum Herrn der Erde. Kürzlich ging das Bild eines Maschinenmenschen durch die Presse, der auf Geheiß des Menschen eine Reihe von Befehlen mechanisch ausführt. Das Gehirn dieses Maschinenmenschen bestand aus einem dichten Flechtwerk elektrischer Drähte. Vorläufig können bei unserem eifernen Arbeiter nicht alle Sinne entwickelt werden, dafür aber einer in gesteigerter Leistungsfähig-

Kalifornien.

Der Mann Tom Springfield.

Die blanken Sterne, die knistern hoch am Himmel. Nacht über Kalifornien. Die Feige. Hörst du Wasser rauschen? Das ist die Welle gegen den Staudamm. Ein Tal — ein sehr enges Tal — ein Canon, das Canon Santa Clara, da hindurch ein Fließchen — in seinem freien Laufe wird es gehemmt, gehemmt von Menschenhand — das Fließchen muß es werden — ein riesiger Staudamm weigert den Wassern freien Abfluß — über den künstlichen See fließt der Nachwind, der von den höchsten Bergen herabspringt — er wirft Welle um Welle gegen die Mauern des Staudamms. Nacht. Hu, die Eule — der unheimliche Schrei der Sirenen — dreizehnmal schrie die Eule — da — da ge'hoß das Unglück — das eingefangene Wasser bestreite sich — es sprengte den Staudamm — und ein Donnern und Brechen und Brausen erfüllt das Canon Santa Clara. Wehe, die Wassergeräusche sind frei! Sie wollen zerstören — zerstören festes Gebilde von Menschenhand — die schäumenden Fluten stürzen durchs Tal — zerstören die Siedung El Rio — reißen mit einem einzigen Sprunge das Kraftwerk New-Hall hinweg — blasen alle irdischen Lichter aus — nur am Himmel — die ewigen Lichter: die brennen weiter, die blanken knisternden Sterne, die Sterne über der heißen kalifornischen Märzennacht.

Alles Gebilde von Menschenhand — ist nun von den revoltierenden Wasserwebern zerstört. Und die Menschen selbst, wo sind sie? Als der Morgen seine roten Augen öffnet — da steht er das Tal Santa Clara als wogendes Wasserfall. Immer noch können die Fluten: ein acht Kilometer langer, künstlicher See zerstört zwischen engen Felswänden — hat alle Kultur zerstört — hat Hunderte von Menschen ertränkt — wenige Lebende nur retteten sich — auf die Bergkette hinauf — wo andere kleine Siedlungen vom Wassersturm verschont blieben.

Und nun frage ich das Heldenlied des Mannes Tom Springfield. Tom Springfield war Arbeiter der Edison-Licht-Company, ein Lichtbringer war er, von der Kraftstation

New-Hall. Er war auf Nachtwache, als die Wasserfluten donnernd den Staudamm durchbrachen. Er sprang — vom tosenden Lärm gerufen — ins Freie — da sah er vor sich ein Blitzen und Schauern — was ist das? Aber schon versteht er — schon hebt ihn ein mächtiger geheimnisvoller Arm — handhoch ist er gehoben — hinweg gehoben über die Dächer des Kraftwerkes. Hol ein harter Schlag — die schäumende, quirlende Wasserwand wirft den Tom Springfield auf Felsboden — die Wassergeister wollten nicht seinen Tod — er sollte leben — und er lebt — nun steht er auf den Beinen, um seine Füße sprudeln tosend Perlen — ein Schäumen, ein Fankeln — aber, wo ist das Kraftwerk — nur Ruinen ragen aus dem Wasser auf — und diese Ruinen sah die frühe Morgen Sonne.

Trari-trara-traroli! Die Sonne bläst in ihr Weckhorn — lebende Menschen, schnell herbei — rettet entzweichten — helf, wo noch zu helfen ist! Alarm, Alarm, Die Sonne selbst ruft die lebenden Menschen zur Tat.

Schönig, zu sehen — wie eine ganze blühende Landschaft, noch gestern war sie blühend — wie diese Landschaft begraben ist — begraben unterm gurgelnden, schlammigen Wasser.

Tom Springfield bindet sich einen Hanfstrick um den Leib — er springt in die gurgelnde Flut — was will er — will er dem Tode noch einmal in die Arme? Tom Springfield will helfen. Dröben — auf den Ruinen vom Kraftwerk — da hofft noch menschliches Leben — angeklammert an Stahlgestänge — Reste der Turbinenhallen — eine Verbindung zwischen Felsufer und dem bedrohten Leben da dröben muß schnell geschaffen werden — gierig lecken die grüngrünen Wasserzungen um die Leiber der mit dem Tode Ringenden. Oberhalb der Ruinen von New-Hall sprang der Tom Springfield in Schaum und Schlamm — mit starken Armen bricht er sich schwimmend den Weg — halb trägt ihn die Flut — halb überwindet seine Energie den treibenden Strom. Tom Springfield, du Held, glückauf! Nun bist du dröben — du hängt im Stahlgerippe der Ruinen vom Kraftwerk — die Verbindung zwischen Ufer und Stahlinsel ist da.

Am dünnen Hanfseil wird am Ufer ein stärkeres Seil befestigt. Fertig! Zieht nun — ihr im Wasser, ihr auf den Ruinen — ziehet, ziehet, ziehet. All right. Alles ging gut. Tom Springfield schlingt das Ende des starken Seiles um einen Stahlbaum — so, eilt euch, ihr bedrohten Lebenden, werdet wie Spinnen: rufft, kriecht, krabbelt! — am leitenden Seile — hinüber zum Ufer. Da erwarten euch bangende Herzen. Der Mensch zittert um den Menschen.

Die Sonne am blauen Himmel hielt den Atem an — dreißig sind nun dröben — dem Wassertode aus dem brausenden Rachen gerissen — nun sind vierzig dröben — nun kommen die letzten acht — siebenundvierzig sind an Land — jetzt du, du Retter Tom Springfield. Und als letzter schwebt der Tom am Seil — ein müdes Lächeln auf dem Antlitz — Tom, gut Glück auch dir, die Sonne reicht dir die Hand — da, o Unglück, das Seil riß. Aus der Tiefe der schlemmigen, brausenden Flut griff eine schwarze Hand auf — der Tod. Der Tod zog den Tom Springfield hinab in das grauliche Grab — hinab zu dreihundert anderen Leichen.

Tom Springfield: siebenundvierzig Menschen hast du gerettet — dafür aber verlangte der Tod dich. Und wenn ich nun frage — wurden diese siebenundvierzig Menschen zu teuer bezahlt, was werdet ihr mir dann antworten? Ein Mensch bezahlt mit seinem Tode — das Leben von siebenundvierzig anderen Menschen, was heißt das? Das heißt: Der Mensch ist gut — gibt dem Menschen Gelegenheit, edel und hilfreich zu sein, und er wird es sein! Tom Springfield ist wieder ein Spiel, daß wir an den Menschen glauben können. Heute war Tom der Helfende, morgen oder übermorgen wird irgendein Unbekannter in Indien oder Europa oder in China, in Polynesien oder in Afrika — der sich freiwillig für den Mitmenschen Opfern sein — das dürfen wir aus Erfahrung glauben. Und dieser Glaube an das Gute im Menschen, der gibt uns Kraft — Kraft, die Härte der heutigen rücksichtslosen Kapitalzeit zu überwinden. Schaut auf den Himmel: dort steht ihr ein zielweisendes Denkmal; die Freundin Sonne meißelte in blauen Granit dieses goldene Wort: Tom Springfield, der Mann vom Canon Santa Clara! May Dortu.

best. In einer Zeitschrift der U.S.W. wurde kürzlich ein anderer Maschinenmensch beschrieben. Wir entnehmen dieser Schilderung folgendes:

Der Mensch hat als Erlebenskräfte seinen Geist und seinen Willen; der Maschinenmensch wird durch den elektrischen Strom zur Arbeit angetrieben. Unser Holzkitt-Maschinenmensch ist der fabelhafteste Sortierer und Abblierer, den man sich denken kann. Während ein Mensch nur imstande ist in einer Stunde 3.000 bis 3600 Stück Karten zu sortieren, vermögen unser Maschinenmensch 20.000 Stück in derselben Zeit zu bewältigen; er leistet also fünf- bis sechsmal so viel Arbeit als der gewöhnliche Mensch. Noch größer ist der Unterschied beim Abblieren von Zahlenkolonnen. Der geübte Buchhalter addiert in einer Stunde ungefähr 800 Ziffern einer fünf- bis sechsstelligen Zahlenkolonne, der Maschinenmensch gegen 9000 Positionen, gleichgültig, wieviele Stellen die Ziffern haben. Er bewältigt also über zehnmal soviel, und dies bei Benutzung nur eines einzigen seiner 5 Zählwerke; und in Zukunft, wenn er deren sieben haben wird, kann er über 70mal soviel schaffen als ein Mensch. Das Verarbeitungs-material des Maschinenmenschen besteht aus kleinen Pappkarten. Auf dieser sogenannten Holzkitt-Karte sieht man 45mal nebeneinanderstehend die Zahlenreihe 0, 1, 2... bis 9. Mit Hilfe einer Lochmaschine werden auf der Karte Löcher ausgestanzt. Diese Löcher fühlt nun der Maschinenmensch, teils mit einem, teils mit 45 Fingern — alias Orabstiftschnecken — ab, je nachdem er sortieren oder addieren soll. Ein elektrischer Stromkreis wird in dem Augenblick geschlossen, in dem der Maschinenmensch die Löcher im Pappkarton fühlt. Die Karte wird dann entweder in ein Sortierfach geleitet, oder aber die gelochte Ziffer wird in das Schaltwerk seiner Weichen, d. h. in ein Zählerwerk, geleitet und aufgespeichert. Das Schreiben verrichtet der Maschinenmensch mit der anderen Hand, deren 65 Finger oder Zahlentypen durch ein Hammerwerk mittels elektrischer Auslösung angeschlagen werden.

Der soeben vorgeführte Maschinenmensch leistet kein Pensum ohne Murren. Ein Idealbild, wie es sich manche Unternehmer von dem lebendigen Menschen machen. Im Konkurrenzkampf der mechanischen Arbeit muß der mit fünf Sinnen ausgestattete Mensch gegenüber seinem nur mit einem Sinn versehenen Kollegen unterliegen. Hoffen wir, daß es der arbeitenden Menschheit gelingt, sich nicht zum Sklaven der Maschine herabwürdigen zu lassen, sondern daß deren Nutzen allen Angehörigen unserer Gattung zugute kommt.

Frauenfragen.

Ein Besuch bei den Wiener Arbeiterfrauen. Was sie uns erzählten.

Unvergeßlich bleiben mir jene Tage, in denen wir die in den Bezirken der sozialistischen regierten Stadt Wien hochaufragenden mächtigen, wundervollen und zweckmäßigen Wohnungsbauwerke durchstreiften. Bei diesen Besichtigungen ließen wir auch nicht die Gelegenheit vorübergehen, uns mit den Arbeiterfrauen, die die glücklichen Mieter der von der Gemeinde Wien durch ihre vorzüglich betriebene Politik auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft in wenigen Jahren errichteten Volkswohnungen sind, zu unterhalten.

Und was erzählten sie uns? Ich sehe noch deutlich eine ältere Frau vor mir stehen, die mit bewegter Gebärde ihrer Freude darüber Ausdruck gab, daß ihr Wunsch, aus ihrem alten, lichtlosen Loch herauszukommen und in eine helle, freundliche und geräumige Wohnung überzusiedeln, endlich erfüllt worden sei. Wie sagte sie doch...? Wir fühlen uns wie neugeboren. Unsere Wohnung ist kein gedrängter, dunkler Winkel mehr. Wir sehen wieder den Himmel über uns, die Sonne wärmt unsere Zimmer. Wir können uns zu Hause wieder heimisch fühlen. Wir sind glücklich. Die Worte dieser Arbeiterfrau konnte ich so ganz verstehen, als wir uns später in einer so (richtigen) typischen Wiener, vor dem Krieg erbauten Mietshaus aufhielten. Dieser Menschheitschande wird mit energischen Griffen von sozialistischen Vertreterinnen Wiens, die sich auf eine rote Mehrheit der Bevölkerung stützen können, zu Leibe gegangen. Ich möchte nur erwähnen, daß vor dem Zusammenbruch des bürgerlichen Regimes die Zahl der Familien, die nur in einem halben bis eineinhalbten Raum wohnten, fast 75 Prozent ausmachten. Und warum? Weil die Miete nicht zu erschwingen war. Schon für eine herartig kleine Wohnung mußte der Arbeiter ein Fünftel seines verdienten Lohnes hingeben.

Ein Aufatmen geht durch die Leiber derjenigen, die heute den alten Wohnverhältnissen den Rücken kehren und in den Genuß moderner Wohnungskultur kommen können. Durch die rastlose Tätigkeit, die das sozialistische Wiener Gemeindeparlament entfaltet, war es möglich, in den zurückliegenden vier Jahren 25.000 Neubauwohnungen zu errichten. Das bedeutet, daß 25.000 Familien eine neue Wohnstätte fanden. Und in den nächsten fünf Jahren werden abermals 30.000 Wohnungen errichtet. Dann werden wieder 30.000 Familien ein neues Heim erhalten.

Finden die Familien in diesen von der Gemeinde Wien erbauten Volkswohnhäusern wirklich die ersehnte neue Welt? Ja. Wie sehen nun die neuen Verhältnisse aus? Den Einblick, den wir in die neuen Verhältnisse tun konnten, verdanken wir der Gütlichkeit und der Bereitwilligkeit der Wiener Frauen. Sie zeigten uns gern ihre Wohnungen und machten uns auf all das, was uns ans Herz gewachsen ist, aufmerksam.

Jede Wohnung hat einen oder mehrere der Besonnung ausgelegte Räume. Alle Fenster führen zur Freie. Die Küchen sind sämtlich als Wohnküchen ausgebaut. Als Kochstelle dient ein Gasherd mit Bratofen, Nachwärmeplatte, Abstellplatten und Tellerwärmer. Die Hausfrau braucht sich nicht mehr mit Rauch und Asche ärgern. Zu bemerken ist, daß der Gaspreis in Wien sehr billig ist, da die Gemeinde Wien das Gas zu den Herstellungskosten abgibt. In einer Spüle, die von der Küche aus zugänglich ist, kann das Fleisch, Gemüse und Geschirrt gewaschen werden. Ein ein- oder mehrteiliger Abwaschtrog mit direktem Wasserzufluß ist hierfür

vorhanden. Die Räume besitzen dreiteilige Fenster. Der Abort befindet sich innerhalb des Wohnungsverbandes. Die Beleuchtung ist elektrisch. Die Waasmesser und Stromzähler befinden sich nicht in der Wohnung, sondern in auf dem Treppenhof eingebauten Nischen. Die Abnehmer brauchen daher nicht die Wohnung der Mieter zu betreten.

In den größeren Volkswohnhäusern befinden sich auch auf das modernste eingerichtete Waschküchen. Alles ist dort vorhanden. Dampfwaschkessel, fließendes kaltes und warmes Wasser, Waschröge, Waschmaschinen, Zentrifugen, Trockenelemente, Einsprühvorrichtungen und Mangeln. Alle Maschinen werden elektrisch betrieben. Die Frauen erzählten uns, daß sie ihre Wäsche vor vier Wochen in 4 bis 5 Stunden gewaschen, getrocknet und auch gemangelt haben. Eine Frau, darüber befragt, ob ihr diese neue Einrichtung auch zusage, antwortete: „Am Waschtage brauchen wir uns nicht mehr zu plagen. Er ist nicht mehr unser Schreck.“

Auch Badeanlagen, versehen mit Frauen- und Wannen-zellen, getrennt nach Geschlechtern angelegt, sind vorhanden. Sie werden von den Bewohnern der Volkswohnhäuser stark benutzt.

Um die Reinigung der Treppen brauchen sich die Frauen nicht zu kümmern. Die Reinigung erfolgt von eigens hierzu verpflichteten Personen. Und ohne Sorge können die Eltern die Kinder zum Spielen aus der Wohnung lassen. In den mächtigen Höfen, die mit Schmuck Rasen, Blumenbeeten, Sträuchern und Bäumen ausgestattet sind, können sich die Kinder auf den besonderen Spielplätzen tummeln. Kein Auto, kein sonstiges Fuhrwerk bringt Gefahr für die Kinder. Auch Planschbecken sind vorhanden. Für die Kinder bedeutet dies ein großer Spaß. Und im Winter dient es ihnen als Eislaufplatz. Weiter sind zahlreiche Bänke in diesen Gartenhöfen aufgestellt. In den freien Stunden und in schönen Tagen sind sie begehrte Aufenthalt- und Ruheplätze der von der Hast und der Arbeit des Tages abgemühten Frauen und Männer.

Auch die Frauen, die mit auf Arbeit gehen müssen, können unbesorgt ihre Kinder zurücklassen. In den Volkswohnhäusern sind nämlich auch Kindergärten für die kleinen und Horte für die größeren Kinder eingerichtet. Die Kinder stehen dort unter der Aufsicht von fachkundigen Personen. Sie werden unterhalten, belehrt, können ihre Schulaufgaben machen und werden auch in den meisten Fällen unentgeltlich gespeist.

Den Mietern stehen in den Volkswohnhäusern auch Lesezimmer, kleine Vortragssäle zur Benutzung offen. Des öfteren sind auch Bibliotheken untergebracht.

Die Gemeinde Wien sieht darauf, bei jeder Neuerrichtung von Volkswohnhäusern die Einrichtungen zu verbessern und zu erweitern. Man will das Beste geben.

Und wie hoch sind die Mieten in den von der Gemeinde Wien erbauten Volkswohnhäusern? Eine Arbeiterfrau, darum befragt, antwortete uns: „Vor dem Kriege mußten wir jeden Heller auf die Seite legen, damit wir am Monatsersten unsere Miete bezahlen konnten. Ja, wir mußten sogar einen Schlafgänger halten, sonst hätten wir die Miete nicht zusammengebracht. Heute können wir ruhig den Monatsersten abwarten. Die Miete, die wir bezahlen müssen, ist sehr billig. Ich zahle für meine Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, inklusive für Treppenbeleuchtung und Reinigung, Waschküchenbenutzung usw., mit der Wohnabsteuer fünfzehn Schilling (= 9 Mk.).“ Aus den statistischen Unterlagen, die ich mir verschaffen konnte, erlah ich, daß die Miete oft zum Teil noch billiger ist.

Dieser kleine Bericht läßt erkennen, daß es der positiven Aufbauarbeit der Wiener sozialistischen Stadtväter gelungen ist, das Leben und das Wohnen der Arbeiterfrauen, d. h. der arbeitenden Bevölkerung überhaupt, erheblich zu verbessern. Daß es den Arbeiterfrauen, der Arbeiterschaft Wiens heute besser geht, ist letzten Endes ihr eigenes Werk. Sie standen ihren Mann in dem Kampf um die Eroberung der Verwaltung der Gemeinde Wien.

Stellt auch ihr, deutsche Arbeiterfrauen, euern Mann! Geld auch ihr Kämpferinnen! Dann werden auch bei uns und für euch die Erfolge nicht ausbleiben. Denn unsere Forderungen und Wünsche können nur in Erfüllung gehen durch eure Mitarbeit in der proletarischen Bewegung. Lorenz Topp.

Berichte aus den Zahlstellen.

August-Pohl †.

Berlin. Am 22. März 1928 ist der Koll. A. Pohl, 67 Jahre alt, verstorben. Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der, wie so viele Tausende in stiller unermüdlicher Arbeit für die Sache der Arbeiter gelebt und gekämpft hat. Zu der Zeit, wo Berlin noch nicht das große Gebilde wie heute war, bestanden um Berlin herum eine Reihe selbständiger Zahlstellen unseres Verbandes, so auch in Charlottenburg. Diese Zahlstelle gründete August Pohl im Jahre 1897 und hat an ihrer Spitze gestanden bis zum Jahre 1908, in welchem Jahre sich alle Zahlstellen zu der Zahlstelle Groß-Berlin vereinigten. Es war ganz selbstverständlich, daß August Pohl in die Ortsverwaltung einztrat, der er bis zu seinem Tode angehört hat. Sein kluger und weiser Rat, gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen, hat uns manche wertvollen Dienste geleistet. Wiederholt hat er auch als Delegierter an Verbandstagen teilgenommen.

Nun ist der treue Kämpfer am 26. März den Flammen übergeben worden. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. S. R.

Offenburg. Bezirksdelegiertenversammlung der Zahlstelle. Sonntag, 18. März, nachm. 2 Uhr, tags in Offenburg die jährliche Bezirksdelegiertenversammlung unseres Verbandes, am den Gesellschaftern und Kassendirektor des abgelaufenen Geschäftsjahres entgegenzunehmen. Kollege Hoge gedachte der fünf verstorbenen Kollegen. Darauf gab der Kollege Hoge einen ausführlichen Geschäfts- und Kassendirektor. Redner konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß durch die Verschmelzung mit dem Porzellan- und Glasarbeiterverband, die Bezirkszahlstelle eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen hätte. Nach der Verschmelzung im August 1926 hatten wir kaum 1200 Mitglieder insgesamt, während wir im 4. Quartal 1927 bereits 2000 hatten. Auch die Beitragsleistung ist wesentlich besser geworden, wenn sie auch noch durch die ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Branchen, welche viel mit Arbeitslosigkeit und Konkurrenz zu rechnen haben, nachteilig beeinflusst wird. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit über 43.000 Mk., was einem Mehr von annähernd 20.000 Mk. gleichkommt. Die der Lokalkasse mit über 14.000 Mk. Entsprechend der günstigen Entwicklung konnte auch die Agitation betrieben werden. In Lohn- und Arbeitszeitkämpfen war die Zahlstelle beteiligt. Porzellan-

industrie, Glasindustrie, Steglindindustrie, Papierindustrie. Für die Offenburger Reklameindustrie konnten die Verträge für eine Anzahl Betriebe wieder erneuert werden und sind sowohl in Arbeitszeitverkürzung als auch in Lohnverbesserungen schöne Erfolge erzielt worden. Koll. Hoge sprach auch das Organisationsverhältnis der einzelnen Berufsgruppen und Betriebe und betonte, daß manche Schwierigkeiten mit den Unternehmern und Behörden noch erfolgreicher hätten geregelt werden können, wenn die Arbeitskollegen sich schon früher wieder der Organisation zur Mitarbeit und zum Aufbau zur Verfügung gestellt hätten. Eines der traurigsten Kapitel bilden die sorgfältigen Tarifstriche der Unternehmer sowie die Maßregelungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten. Eine ganze Anzahl Prozesse und Verhandlungen waren erforderlich, um die Rechte unserer Mitglieder zu wahren. In Lohnforderungen sowie Entschädigungen für zu Unrecht entlassene Betriebsratsmitglieder wurden auf dem Klageweg über 10.000 Mk. herausgeholt. Eine Firma wurde durch Urteil gezwungen, zwei entlassene Betriebsräte wieder weiterzubeschäftigen. Die Unternehmer haben für die „Rafschläge“, die ihnen die Synodal erstelt haben, ziemlich viel Lehrgeld bezahlen müssen. Vielleicht erkennt man in den Direktionszimmern in Mittelbaden endlich an, daß man die gesetzlichen Betriebsvertretungen nicht ausschalten kann, wie man will. In der Diskussion ergriß der Kollege Schinzel in seiner Eigenschaft als Bezirksrevisor das Wort und erklärte im Auftrag der übrigen Ortsverwaltungsmitglieder, daß sie die jeweiligen Abrechnungen und Revisionen der Kassen in besserer Ordnung befunden hätten, worauf dem Kollegen H. einstimmige Entlastung zuteil wurde.

Im Punkte 2 wurde Stellung genommen zum diesjährigen Bundes- und Verbandstag. Für die Gruppe Porzellan wurde der Kollege Karl Bieringer als Kandidat aufgestellt; für die Gruppe Glas der Kollege Robert Schinzel von Albern. Die Stellungnahme zum Verbandstag lief über die Forderung der Inaktivierung einer ausgiebigen Diskussion v. v. v. Kollege Wörner gab den verschiedenen Kollegen Aufklärung über die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung, und hat auch hierüber am Schluß der Debatte Einmütigkeit geherrscht, daß unser Vertreter auf dem Verbandstag ebenfalls für diese Unternehmung einzutreten hätte. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Hoge einstimmig vorgeschlagen. Unter Punkt 3 wurde die Ortsverwaltung noch durch zwei auswärtige Kollegen ergänzt. Die Wahl fiel auf Mader (Hornberg) und Kirrman (Reß). Der Kollege Wörner als Gauleiter wies noch auf die Verbandsschule in Weingarten hin, mit der Bitte, daß sich auch die jungen Kollegen um die Zulassung zu den Kursen bewerben sollen. Aus eigener Anschauung und praktischer Erfahrung wies Kollege Mader (Hornberg) auf diese wichtige Verbandseinrichtung hin und bezeichnete dieselbe als geradezu unersetzlich. Mit einem Appell an die Delegierten, alles daranzusetzen, die letzten Arbeitnehmer, soweit diese uns zustehen, dem Verbands der Fabrikarbeiter zuzuführen, schloß der Vorsitzende gegen 6 Uhr die gut verlaufene Versammlung.

Steinach (Thüringen). Agitationserfolge. Im Zahlstellengebiet Steinach (Thüringen) wurde im Februar bei den dortigen Gas-Heimarbeiter eine Agitation eingeleitet. Der Erfolg dieser Agitation ist als sehr gut anzupreisen. Rund 1000 (tausend) Mitglieder konnten bis jetzt neu gewonnen werden. Nachstehend lassen wir den Zahlstellen mit Heimarbeit das Resultat folgen und empfehlen Nachahmung.

Im Zahlstellengebiet Steinach insgesamt 1018 Mitglieder:	
davon in Hefelbach	85
in Steinach	120
in Neubaus/Reinweg	70
in Ernstthal/Reinweg	130
in Steinach	110
in Lauscha	381
in Helsenfel	30
in Oberweilbach	82
Summa	1018

Weissenfels. Die Gewerkschaftsidee marschiert. Am 22. März war Belegtag der hiesigen Papier- und Glasarbeiter und Arbeiterinnen waren der Einladung gefolgt. Der Gauleiter, Kollege Schneider (Erfurt), referierte über den neuen U.S.W. und die Leipzig gemachten Lohnverhandlungen für die Papierindustrie. Dem Referat folgte eine lebhaft Aussprache, die sich im allgemeinen im Rahmen des Referats bewegte. Für zwei Mitglieder der Belegtagvertretung, Kollegen des Verbandes, glaubten hier eine Ausnahme machen zu müssen. Mit den üblichen Ausdrücken „Handlanger der Kapitalisten“ und „nur immer langsam, damit die Unternehmer ihr Geschäft ins Trockene bringen“ sowie „Gewerkschaftsbürokratie mit Staat und Regierung verwaschen“, auch „schärfstes Mißtrauen dem Verbands gegenüber“ glaubte man Stimmung machen zu können. Der weitaus größte Teil der Versammlung hatte jedoch dafür kein Verständnis. Nach Schluß damit, davon wollen wir nichts wissen“, so und ähnlich reagierte man auf solche Schimpferien aus der Versammlung. Ein in Weissenfels gewählter nicht allgütlicher Vorgang. An der Tatsache wachsender Erkenntnis, daß nur die gewerkschaftliche Organisation in der Lage ist, Lohn- und Arbeitsbedingungen der Papierarbeiter in Weissenfels zu bessern, läßt sich nicht mehr rütteln. Den beiden Schreibern und ihrer Gesellschaft, welche auch nicht im geringsten in der Lage waren, einen Weg zu zeigen, wie es besser gemacht werden könnte, wird auch noch die gleiche Erkenntnis kommen. Vor allen Dingen dann, wenn die Belegtag ist ablehnt, sich von solchen Kollegen weiterhin vertreten zu lassen. Und diese Zeit ist nicht mehr fern, noch dazu wo immer mehr die Unfähigkeit der beiden Vorgesetzten, gemäß des U.S.W. die tariflichen Rechte der Belegtag zu wahren, in Erscheinung tritt. Kollegen der Papierindustrie in Weissenfels, nutzt die Zeit aus und schart euch um den Fabrikarbeiterverband als eure alleinige Interessensvertretung. Bestimmt Betriebskollegen und -kolleginnen, die der Durchführung geschlossener Verträge in den Betrieben mehr Aufmerksamkeit zuwenden und nicht nur glauben, mit schimpfenden Worten alles meistern zu können.

Wiesdorf. Agitationserfolge. Auch in Wiesdorf ist das Eis gebrochen. Allmählich kehrt Selbstbewusstsein und Verantwortlichkeitsgefühl und der Gedanke der Solidarität und der Verbundenheit bei der Arbeiterschaft wieder ein. Vom 1. Oktober bis 31. März 1927 gelang es mit Unterstützung der Zahlstellenleitung in Köln, 123 Mitglieder durch Hausagitation dem Verbands beizufügen. Am Sonntag, dem 18. März 1928, haben zwei unserer besten Hausagitatoren auf einen Hieb 45 neue Mitglieder gewonnen. Ein Zeichen dafür, daß trotz der dauernd anhaltenden Sehe der kommunikativen Presse gegen unseren Verband, die Arbeiterschaft wieder Vertrauen zu uns gewinnt. Nur so weiter, die Früchte dieser Kleinarbeit werden bald reifen. P. Hertwig.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der planmäßige Verrat.

Einem planmäßigen Verrat nennt die „AZ“ in ihrer Nummer vom 25. 3. 28 die Tätigkeit der „Verbandsagenten“, die zu einer Lohnverbesserung von 8 Pf. in der Spitze für die Zementarbeiter des Bezirkes Hessen-Rassau und Hessen führte. Die weiteren Ausführungen des kommunikativen Stalles schließen sich dem apostrophierten Titel würdig an. Zum Glück weiß jeder organisierte Arbeiter, daß mit revolutionären, radikalen Forderungen im Sinne der „AZ“ die Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert werden kann. Daß die erreichte Lohnverbesserung nicht voll befriedigen kann, wissen wir auch. Aber erlassen ist alle Politik, auch Lohnpolitik, die Kampf des Möglichen, und das Mögliche ist hier erreicht worden.

Zum anderen sind Lohnfragen auch immer Nachfragen, und die Macht, die die Arbeiterschaft in die Wagbalken werfen

konnte, war leider nicht größer, war es nicht dank der jahrelangen Verlesungsarbeit der kommunistischen Partei und ihrer Jellenbauer. Sollen wir an die traurigen Folgen dieses planmäßigen Verrates der KPD. erinnern? Sollen wir daran erinnern, wie die Einheit und Schlagkraft des Verbandes systematisch geschwächt und das Vertrauen der Massen zu ihren Führern untergraben wurde? Damals blühte der Weizen der Arbeitgeber, die sich gar keine besseren Helfer wünschen konnten als die KPD., dieselbe KPD., die den jetzigen Reichspräsidenten wählen half, der ihnen heute als Pflanzmännchen für den wiederkehrenden Monarchen erscheint. Glücklicherweise rang sich bald bei den Chemikararbeitern wie bei vielen anderen die Erkenntnis durch, daß mit radikalen Phrasen der kommunistischen Opposition die Lebenshaltung der Arbeiterklasse nicht gebessert, mit papiernen Protesten und Resolutionen kein Klassenkampf geführt werden kann, sondern nur durch praktische Arbeit.

Dieser ständig wachsenden Erkenntnis verdanken die Chemikararbeiter auch ihren neuesten Erfolg, und ein Erfolg ist es, das ist gar nicht zu bestreiten. Das ist praktischer Klassenkampf, der in dieser Lohnhöhe zum Ausdruck kommt, und diesen praktischen Klassenkampf werden wir weiter führen, bis unser Ziel erreicht ist. Das Ziel wird aber nie erreicht werden durch die „revolutionäre Taktik“ der KPD., wenn ihre Forderungen und Schlässe auch noch so schön sind, wie im folgenden:

Das Tarifamt ist von der Bureaunkraft des Verbandes und den Unternehmern geschaffen worden. Es ist eine Institution der Chemikar Könige zur Abwehr der Arbeiterforderungen. — Die Mitglieder des Tarifamtes sind die Vertrauensleute des Fabrikarbeiterverbandes, die Beauftragten von Brey“ usw. Das ist doch allerhand, nicht wahr? Zum Glück steht unser Kollege Brey zu hoch, als daß ihn der Schmutz, den die „KPD.“ aus ihren Federn spritzt, erreichen könnte.

Ergänzend wollen wir noch bemerken, daß eine Massenversammlung gegen den Einzug an den Chemikararbeitern, die vor dem Tore des Farbwerkes in Frankfurt a. M. stattfand, einen überwältigenden Besuch aufzuweisen hatte. Es waren anwesend 17 Mann, darunter 13 Erwerbslose, 1 Zigarrenhändler und 3 Rot-Frontkämpfer, die wahrscheinlich die große Versammlung überwachen sollten. Kommentar überflüssig! S. L.

Wirtschaftliches.

Das Eisenbahnprojekt quer durch die Sahara.

Die französische Regierung hat kürzlich eine Studienkommission für die Vorbereitung der Pläne zur Errichtung einer Eisenbahn quer durch die Wüste Sahara, die den nordafrikanischen Kolonialbesitz Frankreichs mit dem westafrikanischen (Niger-Gebiet) verbinden soll, eingeseht. Technisch wäre der Bau der 3000 Kilometer langen Eisenbahnstrecke, allerdings nach Überwindung großer Schwierigkeiten und mit ungeheuren Kosten — man schätzt die Baukosten auf etwa 5 Milliarden Franken — durchführbar. Den militärischen Streifen, die die westafrikanischen Negertuppen durch die Sahara mit größerer Sicherheit nach Europa bringen zu können glauben, als auf dem Wege über die westafrikanischen Häfen, ist der Bau der Sahara-Bahn erwünscht. Zweifelhaft ist jedoch, ob sich die Bahn finanziell rentieren bzw. ob sie zur wirtschaftlichen Erschließung der westafrikanischen Gebiete beitragen kann. Die fruchtbaren Gebiete Westafrikas, die Kakao, Holz, Kausthuk und Palmöl für den Weltmarkt liefern, sind bereits mit Eisenbahnen, die sämtlich nach den westafrikanischen Häfen führen, versorgt. Es handelt sich deshalb vornehmlich nur um die wirtschaftliche Erschließung des Gebietes am mittleren Niger, wo durch Errichtung von Bewässerungsanlagen eine umfangreiche Baumwollkultur geschaffen werden könnte. Allerdings könnte auch die Baumwolle durch die Küstenbahnen auf den Weltmarkt gelangen. Auch bleibt die Frage nach der Beschaffung von Arbeitskräften bzw. Ansiedlern ein Problem, dessen Lösung man sich schwer vorstellen kann, da Frankreich bekanntlich keine überschüssigen Menschenkräfte abgeben kann. Beim Bau der Trans-Saharabahn, wofür sich in erster Linie die großen französischen Stahlproduzenten einsetzen, würden auch deutsche Sachleistungen stark in Frage kommen, allerdings nicht durch unmittelbare Mitwirkung deutscher Unternehmen in Afrika, sondern nur auf dem Umwege über französische Unternehmer. Doch befindet sich der Plan noch im Stadium der ersten Vorbereitung. Seine Verwirklichung liegt noch in einer ferneren Zukunft.

Rundschau.

Die Ausstellung über die Ernährung des Menschen.

In Berlin findet in der Zeit vom 5. Mai bis zum 12. August eine große Ausstellung über die Ernährungsweisen statt. Die Ausstellungsbaufläche beträgt rund 4000 Quadratmeter. Veranstaltung der Reichsregierung, Reichs- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin und des Deutsche Hygiene-Museum in Dresden. Die Ausstellung wird ferner von den maßgebenden Ministerien sowie von Reichs- und Landesbehörden unterstützt. Auch die Wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher sind herangezogen worden. Es soll Gelegenheit gegeben werden, alles in Angelegenheiten zu klären, was mit der Ernährung irgendwie in Beziehung kommt. Den Bestand der Lebensmittel und ihre Verarbeitung wird in allen drei Stadien zu sehen sein. Die Bedeutung einer gesunden und wirtschaftlichen Ernährungsweise für das körperliche Wohlergehen des einzelnen und des ganzen Volkes soll unterrichtet durch Beispiele und wirtschaftliche Forschungsberichte, entsprechend vorgeführt werden. Die Ausstellung ist auch für das ererbende Volk von außerordentlicher Wichtigkeit. Deshalb muß sie durch Massenbesuch unterstützt werden.

Alkohol und Männersterblichkeit.

In einer kürzlich erschienenen Schrift macht Statistiker Dr. Rudolf Baudel (München) bemerkenswerte Mitteilungen über die Bevölkerungsabnahme und die Sterblichkeit in den drei bayrischen Großstädten München, Nürnberg und Augsburg. Es wird dort festgestellt, daß die Männersterblichkeit sich von der Mitte des 19. Jahrhunderts an vermindert hat, und auch nach Beendigung des Krieges einen rapiden Anstieg zeigt. Diese Erscheinung bedarf es sich nachzufragen nicht auf diese drei Städte, sondern erstreckt sich über ganz Bayern und das ganze Reichsgebiet. Dr. Baudel bringt sie in Verbindung mit dem damaligen Rückgang des Alkoholkonsums. Die starke Verminderung der Erzeugung und des Verbrauchs von Alkohol ist der Haupt- und ersten Ursache.

war die Ursache dieser in der deutschen Sterbestatistik einzig dastehenden Erscheinung. Die Richtigkeit dieses Zusammenhanges wird durch den Umstand bestätigt, daß der Wiederanstieg der Männersterblichkeit einhergeht, wie aus einer bis 1925 fortgeführten Statistik der drei Städte München, Nürnberg und Augsburg zu ersehen ist.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Starke Kopfschmerzen keine Erwerbsminderung.

In dem Bericht der Rechtsanwaltsstelle der Bremer Arbeiterkammer finden wir folgende Angaben, die ein Licht auf die Weltfremdelei mancher Ärzte werfen: Der Arbeiter K. bezieht für einen Unfall aus dem Jahre 1926 eine Rente und hat außerdem noch Beschwerden aus einem Unfall vom Jahre 1924, die sich teilweise in Kopfschmerzen und Schwindelanfällen bemerkbar machen. Die Neuroabteilung eines Krankenhauses erstattete im Auftrage einer Berufsgenossenschaft ein Gutachten und lagte zum Schluß wörtlich: Selbst sehr starke Kopfschmerzen bilden bei einem Beruf als Arbeiter keinen ausreichenden Grund, irgendeine weitergehende Erwerbsminderung anzunehmen.

Bei einem Beruf als Arbeiter — wie sich das schon anhört — sind Kopfschmerzen, selbst wenn der Schädel zu zerplatzen droht, kein Grund zu einer Erwerbsminderung. Das ist der medizinischen Weisheit letzter Schluss. Das merktägliche Leben der Arbeiter ist diesen Herren Heikuba. Und doch drängen sie sich dazu, eine Klassenpraxis zu erhalten.

Vorsicht bei Versicherungsablässen!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erließ in seinen Bundesmitteilungen für die Ortsausschüsse eine Aufforderung, der wir folgendes entnehmen:

Um sich in den Arbeiterfamilien gut einzuführen, wird von einigen Versicherungsagenten als besonderes Jugumittel darauf verwiesen, daß hinter ihrer Gesellschaft die Gewerkschaften ständen. Dieser Sachverhalt gebietet uns, darauf hinzuweisen, daß ein solches Verhalten eine mißbräuchliche Ausnutzung des gewerkschaftlichen Ansehens ist, zu der keiner dieser Agenten eine Berechtigung hat. Unsere Gewerkschaften haben gemeinsam mit dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften die Volksfürsorge als eigenes Versicherungsunternehmen geschaffen. Die Versicherungsbedingungen dieses gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens werden an Liberalität von keiner anderen Versicherungsgesellschaft übertroffen. Jede Berufung darauf, daß die Gewerkschaften hinter einer anderen Versicherungsgesellschaft als der Volksfürsorge ständen, ist nur eine Spekulation auf die leider immer noch vorhandene Unwissenheit breiter Arbeiterschichten. Wir eruchen deshalb die Ortsausschüsse, dafür zu sorgen, daß endlich Klarheit darüber geschaffen wird, daß nur die Volksfürsorge als gewerkschaftliches Versicherungsunternehmen in Betracht kommt.

Genossenschaftliches.

Bauernnot und Konsumgenossenschaften.

In einem Aufsatz über das vorstehende Thema in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ (Nr. 12 vom 24. März 1928) befragt ein Sachkundiger die Not der Bauern des Warthe- und Negebruchs, die er in Vergleich stellt mit den wirtschaftlichen Krisenzeiten der Verbraucherkreise der Industriearbeiterklasse, die aber in Zeiten wirtschaftlicher Not den Ausweg des Auf-sich-selbst-Befinnens, den des nützlichen Zusammenstehens fanden und fanden, nämlich in der Konsumgenossenschaftsbewegung. Nun liegt nichts näher, als daß sich auch die Bauern des Warthe- und Negebruchs zu der Erkenntnis durchringen, daß sie zur Linderung und Beseitigung ihrer Not selbst beitragen müssen und auch können. An der Stelle nämlich, wo sie im Wirtschaftsprozess als Verbraucher stehen. Unter den gegebenen Verhältnissen wäre es nicht verwunderlich, wenn sich die Bauern in recht starkem Maße konsumgenossenschaftlich betätigen würden, um so ihrer sehr geschwächten Wirtschaftskraft den höchsten Ertrag zu sichern. Was hat der Industriearbeiter, als er sich in ähnlicher Not befand, und das wäre auch für den Bauern zweifellos eine erfolgversprechende Möglichkeit, seine wirtschaftliche Lage zu heben. Aber trotz vorhandener Not gingen die Bauern des Warthe- und Negebruchs in ihrer übergroßen Mehrzahl an den Bestrebungen der genossenschaftlichen Bedarfsdeckungs-wirtschaft achlos vorüber. Auch der Bauer müsse zur Erkenntnis kommen, daß der Konsumgenossenschaftsgedanke auch für ihn der Helfer in wirtschaftlicher Not ist.

Zahlen, die man nicht unterschätzen kann.

Die „Deutsche Kolonialwaren- und Feinkost-Rundschau“ (Nr. 22 vom 14. März) bespricht die Jahresstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (Umsätze und Sparkasseneinlagen) und meint dazu:

Das sind Zahlen, deren Bedeutung am allerwenigsten vom legalen Einzelhandel, insbesondere aber vom Kolonialwaren- und Feinkosteinzelkaufmann, nicht unterschätzt werden. In ihnen offenbart sich eine gesammelte Kraft, die auf Disziplin und Opferfirm aufgebaut ist.

Das muß man sich für gewisse Fälle merken.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Abwehrkampf der Gummiarbeiterinnen und -arbeiter der Firma Gummi-Etablissement Hutchinson, Mannheim.

Die Gummiarbeiterinnen und -arbeiter stehen seit dem 16. März in einem Abwehrkampf. Das Streikkomitee hatte auf den 28. März eine Streikversammlung einberufen. Wenn alle Betriebsversammlungen einen solchen Besuch aufzuweisen gehabt hätten, wäre es nicht notwendig geworden, sich jetzt mit den zur Zeit bestehenden Differenzen zu beschäftigen. Aus dem kurzen Situationsbericht über den Stand der Lohnbewegung und des Abwehrkampfes des Gewerkschafts-Schreiber war zu entnehmen, daß seit Monaten Differenzen bei der Firma Gummi-Etablissement Hutchinson bestanden, die durch Verhandlungen nicht behoben werden konnten. Die Betriebsleistungen der Gummiabriken sind befristet, die individuelle menschliche Arbeitsleistung zu erhöhen, ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeitenden. So entstanden bei der Firma Gummi-Etablissement Hutchinson die Differenzen über die Mindestleistung bei der Prämienarbeit. Die Betriebsleitung glaubte, diktorisch alles erledigen zu können. Der Arbeiterrat und die Organisationsvertreter versuchten durch Verhandlungen eine Verständigung zu erzielen. Das bezüchliche Tarifamt der chemischen Industrie, Sektion VI, wurde angerufen, um eine Entscheidung zu treffen, ob die Prämienarbeit als Akkord zu betrachten sei, weil die Arbeitgeber fest bestritten, daß bei Bewältigung von Prämien der Arbeiterrat und noch weniger die Arbeitnehmerorganisation etwas hereinzubringen hätten. Prämien seien freiwillige Zulagen, worüber nur die Betriebsleitung zu bestimmen habe. Das bezüchliche Tarifamt der chemischen Industrie,

Sektion VI, kam zu keiner Entscheidung, wie bei allen prinzipiellen Fragen. So hat das bisherige Verhalten des Arbeitgeberverbandes zu dem heutigen Zustand viel beigetragen. Das hierauf angerufene Tarifamt fällt nachstehende Entscheidung:

Das Haupttarifamt ist der Meinung, daß die Entlohnungsart der Firma Hutchinson mehr der Akkordentlohnung als der Prämienentlohnung zuneigt. Für den Betrieb gelten daher künftig für die Entlohnung die Bestimmungen des § 8 des Reichsarbeitsvertrages.

Die Vereinbarungen für die neue Berechnungsart sind sofort durchzuführen.

Berlin, den 24. Januar 1928.

Auf Grund dieser Entscheidung mußten Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat stattfinden. Der Reichsarbeitsvertrag (Rahmenvertrag) für die chemische Industrie Deutschlands § 8 Zbl. 5 schreibt vor: Wo bisher für die Akkordnehmer andere Berechnungsmethoden bestanden, können diese nur durch Vereinbarungen abgeändert werden. Die Betriebsleitung wollte nun auf Grund des Streikschlusses die Berechnungsmethoden ändern und dabei die Mindestleistung für die Schuttmacherinnen zum Vorteil der Firma heraufsetzen. Darüber kam eine Einigung zwischen Arbeiterrat und Betriebsleitung nicht zustande. Die Organisation versuchte durch den Arbeitgeberverband Verhandlungen zu erreichen, aber die Firma lehnte auch die vom Arbeitgeberverband angestrebte Verhandlung ab. Ihr Standpunkt war, sich von Außenstehenden nicht dazwischenreden zu lassen. Die Antwort der Schuttmacherinnen war, daß sie Akkordleistungen ablehnten, indem sie bei ihrer bisherigen Mindestleistung verblieben, und als dies ebenfalls nicht fruchtete, zur passiven Resistenz übergingen. Die Firma entschloß sich zur Entlassung nach § 123 der Gewerbeordnung wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung. Dieses Vorgehen der Firma schlug dem Sach den Boden aus. Erst begehrt man Tarifbruch, indem man Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisation ablehnt, und dann will man mit gesetzlichen Bestimmungen Arbeiterinnen entlassen. So kam es zur Arbeitsniederlegung, zu einem Solidaritätsstreik der gesamten Arbeiterklasse. Ausgerechnet müssen es Angestellte sein, die bei solchen wirtschaftlichen Kämpfen den Arbeitern in den Rücken fallen. Sind sich diese Herren ihres Benehmens gar nicht bewußt? Die Firma hat der Arbeiterklasse den Fehdehandschuh hingeworfen. Die Arbeiterklasse kämpft mit Unterstützung ihrer Organisation um das Mindestbestimmungsrecht bei der Akkordregelung.

Verbandsnachrichten.

Ausschreibung Grobhermetik.

Die in Nr. 8 des „Proletarier“ (Ker. B.) ausgeschriebene Stelle einer Hilfskraft für die Gruppe Grobhermetik ist besetzt. Gewählt ist der Kollege J. Rabe (Weslau). Allen Bewerbern besten Dank.

Ausschreibung des Hauptvorstandes.

Für unsere literarisch-statistische Abteilung suchen wir zum möglichst baldigen Antritt

eine Hilfskraft.

Die Aufgaben derselben bestehen in der Mitarbeit in der literarisch-statistischen Abteilung und wenn notwendig in der Stellvertretung des Leiters derselben, und in der Mitbilfe in der Redaktion und in der Stellvertretung des Redakteurs. Gefordert wird eine gute Allgemeinbildung, Kenntnisse der gesamten Arbeiterbewegung, Beherrschung eines guten Stils bei literarischen Arbeiten und Kenntnisse in der Volkswirtschaft, die zu eigener Stellungnahme befähigen.

Die Bewerber müssen an den Hauptvorstand einreichen:

1. eine Abhandlung über den Lebenslauf;
2. eine Abhandlung über Wesen und Zweck der Statistik;
3. eine Schilderung der wichtigsten Betriebsformen, von der geschlossenen Hauswirtschaft bis zum kombinierten Großbetrieb und der dazwischenliegenden Wirtschaftssysteme.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen unseres Gehaltsregulativs. Die Einreihung in die Gehaltsklasse bleibt der Vereinbarung vorbehalten. Verbandsmitglieder, die sich bewerben wollen, müssen diese Bewerbung mit Angabe über die bisherige Tätigkeit bis zum 23. April 1928 an den Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter, Hannover, Nikolaistraße 7, einreichen.

Zahlstelle Worms und Umgebung.

Die in der Nummer 11 des „Proletarier“ ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Anton Behr (Wiesbaden-Niebertich). Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Literarisches.

Der „Versichertenvertreter.“ Als eine Zeitschrift für die Interessen der Vorstands- und Ausschussmitglieder in den Betriebskrankenkassen Deutschlands erscheint neu. Der „Versichertenvertreter.“ In richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß die übergroße Mehrzahl der Versicherten fast allen Angelegenheiten der sozialen Gesetzgebung gänzlich hilflos gegenübersteht, daß auch viele Vorstands- und Ausschussmitglieder der Betriebskrankenkassen sich in dem Labyrinth von alten und neuen Verordnungen, Gesetzesbestimmungen usw. nicht zurechtfinden, will die neue Zeitschrift in allen diesen Fragen ein Führer und Helfer sein. Im Gegensatz zu anderen Zeitschriften, die sich mit dem Rechtsgebiet der Sozialversicherung befassen, wendet sich der „Versichertenvertreter“ nicht an die Fachleute der Sozialversicherung, sondern will in klarer, gemeinverständlich Sprache die Vertreter der Versicherten in ihre Aufgaben einführen und sie zu deren Lösung befähigen. Der „Versichertenvertreter“ erscheint monatlich, kostet vierteljährlich 1 RM. Bestellungen nimmt nur der Verlag entgegen: Leipziger Buchverlagerei A.-G., Leipzig, Lauchaer Str. 19-21.

Grundrisse des privaten und öffentlichen Rechts sowie der Volkswirtschaftslehre. 19. Band. Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig. Preis kartoniert 5,50 RM. Der vorliegende Band ist eine verbesserte Ausgabe des im vorigen Jahre erschienenen Bandes 18a. Seit dem Juli 1927 sind auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes viele wichtige Änderungen vor sich gegangen, viele neue Gesetzesbestimmungen erschienen. Alles das hat in dem neuen Bande von Schaeffers Grundrissen Berücksichtigung gefunden, ebenso die neuesten Entscheidungen der Gerichte. Man kann den vorliegenden Band daher als ganz neues Werk ansehen. In fünf Abschnitten werden alle Gebiete des Arbeitsrechtes, also Wirtschaftsverfassung, Arbeitsvertragsrecht, Arbeitsschutz, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Arbeitsfreistellungen (Arbeitsgerichtsbarkeit, Schlichtungswesen) eingehend behandelt. Das Buch schließt sich den anderen Bänden von Schaeffers Grundrissen würdig an. Es ist sehr wertvoll für den Gewerkschaftssekretär, für den Arbeitsrechtler geradezu unentbehrlich. Die Namen der Verfasser: Schaeffer, Scherzbarth, Herzogel bürgen für eine gediegene und erschöpfende, aber auch zuverlässige Darstellung der an sich schwierigen Materie des Arbeitsrechtes, das bisher in zahllosen Gesetzesbestimmungen zerstreut war. Eine Benutzung der erforderlichen Gesetzesstelle ist allerdings bei dem Studium des Bandes 19 notwendig. Wir können diesen neuen Schaeffer sehr empfehlen; Schaeffer im Kopf, ein anderes Urteil in der Sache.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Entwicklung der chemischen Industrie.

II.

Es ist bemerkenswert, daß diese zunehmende Zusammenarbeit zwischen den Unternehmungen der chemischen Industrie der verschiedenen Länder sich allmählich gezwungenermaßen geschieht und nur im Hinblick auf die angeblich dominierende Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt, die von den Industrien der anderen Länder als fortwährende Drohung empfunden wird, Fortschritte macht. Jede Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie ist das Produkt der Furcht, von Deutschland überwältigt zu werden. Wird doch bei jeder Abereinikunft, die von Großbritannien oder Frankreich mit der deutschen chemischen Industrie abgeschlossen wird, in der Presse des betreffenden Landes mit allem Nachdruck darauf gedrungen, vor allem für eine intensive Entwicklung der eigenen Industrie zu sorgen. Im französischen Unternehmerorgan „L'Economie Nouvelle“ wurde denn auch auf die dringliche Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der chemischen Betriebe Frankreichs in sehr kategorischer Weise hingewiesen. Als Beweis für die oben geäußerte Auffassung, daß diese internationale Zusammenarbeit nur durch die Furcht vor der deutschen Konkurrenz vorwärtsgetrieben wird, mag angeführt werden, daß knapp nach dem Zustandekommen der Abereinikunft zwischen Frankreich und Deutschland über den Austausch und die Verteilung der chemischen Produkte in dem genannten Unternehmerblatt auf die Bestrebungen Deutschlands, einen Teil seiner früheren Position zurückzuerobieren, hingewiesen wurde. Wozu noch die Bemerkung gemacht wurde, daß es für Deutschland, nachdem es 13 Jahre ohne die französische Rundschaft war, nicht so leicht sein würde, sich wieder in den Sattel zu setzen. Das zeigt, daß zunehmender Antagonismus und gewisse Formen von Solidarität sehr wohl Hand in Hand gehen können. Immerhin steht fest, daß Europa daran ist, sei es auch nicht eben aus freien Stücken, eine Monopolstellung für die chemische Industrie einzunehmen.

Wie zu erwarten war, hat die zunehmende Konzentration in der chemischen Industrie eine außerordentlich starke Erhöhung der Produktion zur Folge gehabt. Stellt man die Produktion in Deutschland für das Jahr 1919 auf 100 pro Kopf, so zeigt sich für das Jahr 1925 eine Steigerung auf 153,2, d. h. also von mehr als 50 Prozent. Obwohl neuere Angaben noch nicht vorliegen, kann angenommen werden, daß das Produktionsvermögen seither in noch stärkerem Maße angestiegen ist. Auch in den anderen Ländern ist eine solche Steigerung, wenn auch in geringererem Maße, wahrzunehmen.

Ein Beweis dafür, daß die Konzentration in der Industrie in erster Linie ein Interesse dient, ist die Tatsache, daß die Preise keineswegs eine sinkende Tendenz aufweisen. Nimmt man den Durchschnittspreis für chemische Produkte für 1914 mit 100 an, dann stellt er sich auf Grund der leichtbekanntesten Ziffern in Deutschland auf 121, in Großbritannien auf 141, in den Vereinigten Staaten auf 132 und in Frankreich auf 87. Das Sinken der französischen Preise ist zweifellos eine Folge der niedrigen Valuta.

Im Gegensatz zur Entwicklungstendenz, die andere internationale Kombinationen aufweisen, kann angenommen werden, daß die weitere Zusammenarbeit in der chemischen Industrie Europas ohne Beteiligung Amerikas erfolgen wird. Man wird sonach in dieser Sachlage auf die Dauer von der Existenz zweier Monopole sprechen können. Seit langer Zeit schon ist Amerika äußerst beunruhigt über die drohenden Gefahren der Zusammenarbeit in der chemischen Industrie Europas. Es wird sogar für eine Revision der amerikanischen Trustgesetzgebung Propaganda gemacht, um eine engere Konzentration zu ermöglichen und dadurch vor allem auf den nach dem Kriege eröffneten neuen Absatzgebieten die Konkurrenz mit der chemischen Industrie Europas aufnehmen zu können. In den Vereinigten Staaten sieht man ein mögliches Zustandekommen eines europäischen Chemietrusts als eine politische Tatsache an, wobei es, wie sich ein hervorragendes Mitglied der „American Chemical Foundation“ ausdrückte, nicht nur um eine „Handelskriegserklärung“ Europas gegenüber Amerika geht, sondern eigentlich um eine erneute militärische Offensive, weil die chemische Industrie an Stelle der Produkte, die sie heute herstellt, ebenso gut Dynamit, spezielle Sprengstoffe und Giftgase erzeugen kann.

Daß es nicht im Interesse der Arbeiterklasse sein kann, der Entwicklung der chemischen Wissenschaft entgegenzuwirken, bedarf keiner ausführlichen Darlegung. Im Gegenteil: jede Erfindung, die die Anspannung der menschlichen Arbeitskraft vermindert und gleichzeitig die zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse notwendigen Produkte vermehrt, wirkt sich naturgemäß auch zugunsten der Arbeiterklasse aus. Was allerdings nicht daran hindern darf, mit allem Nachdruck auf die Gefahren hinzuweisen, die notwendig mit der Entwicklung der chemischen Industrie in allen Staaten heute verknüpft sind. Es wird denn auch Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung sein, dieser Materie, die, wie man sieht, in verkappter Form dem Fragenkomplex des Militarismus zugehört, ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Branchenkonferenz der Sektion 5B.

Zu einer Branchenkonferenz hatten die Gewerkschaften des Ganges 2 (Magdeburg-Halle) und des Ganges 8 (Löhningen) nach dem Volkspark in Halle eingeladen. Es waren 149 Teilnehmer erschienen, darunter 25 Angestellte, so daß 124 Vertreter aus den Betrieben anwesend waren. Die Konferenz bot ein erfreuliches Bild der Einigkeit. Es zeigte sich deutlich, daß diejenigen, die in früheren Jahren unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit alles zerstückelten, jetzt ohne jegliche Bedeutung sind; nur noch Ouerköpfe und Verärgerte sehen abseits.

Die Konferenz wurde durch den Kollegen Lohski eröffnet. Den Bericht gab Kollege Schneider. Das vergangene Jahr bildet einen Denkstein in der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß eine gute Organisation die Voraussetzung für Erfolge ist. Der letzte Lohnabschluß befriedigte nicht und hat in den unteren Klassen große Erbitterung hervorgerufen. Kollege Schneider behandelte ausführlich die Stellung der Organisationen zu der stark geforderten Zwischenregelung. Der beschrittene Weg ist der richtige. Den Forderungen einer verantwortungslosen Presse dürfen wir uns nicht fügen, für uns stehen als Höchstes die Interessen der Gesamtarbeiterchaft. Einen scharf umrissenen Rückblick gibt der Redner dann über den RWB für die chemische Industrie. Die Arbeiter leiden unter dem Fluch der Prämienarbeit. Es darf in der Akkord- und Prämienfrage nicht unter allen Umständen eine Einigung im Betriebe erstrebt werden. Dann behandelt der Vortragende die Lohn- und Arbeitszeitfrage unter Heranziehung der Denkschrift der Arbeitgeber, welche mit allen Mitteln versuchen, die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Unsere Aufgaben liegen nicht nur in Lohnbewegungen, große Kulturfragen haben wir zu lösen. Dazu brauchen wir Frieden innerhalb der Arbeiterchaft. Die schmutzigen Angriffe der RWB-Presse schädigen nur die Arbeiterchaft. In der nun einsetzenden Aussprache wurde die Tätigkeit der Tarifkommission anerkannt. Zusammengefaßt zeigte die Aussprache, welche durchweg von Kollegen aus den Betrieben geführt wurde, daß volles Verständnis für die schweren Aufgaben der Gewerkschaften vorliegt. Die Ausführungen der Kollegen aus den Betrieben über die Akkord- und Prämienarbeit zeigten, wie notwendig eine strenge Beachtung ist. In seinem Schluß-

uarbeiten, und gemeinsame Arbeit wird es zuwege bringen, daß die Mängel in den Betrieben erheblich eingeschränkt werden können. Doch dazu ist die Mitarbeit nicht nur der Funktionäre notwendig, sondern jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß mithelfen. Niemand darf noch unorganisiert sein. Gerade die chemiegewaltigen Schreien verdienen groß, und wenn wir den Herren einen Teil des Mehrwertes in Gestalt von Lohnbewegungen abnehmen wollen, wenn wir am Produktionsgewinn mehr Anteil in Form von Arbeitslohn wünschen, dann müssen alle im Verbande sein. W. Martin.

Die Schutzemission der schweizerischen Aluminiumindustrie.

Der Verwaltungsrat der Aluminiumindustrie-A. G., Neuchâtel (Schweiz), beantragte in der Generalversammlung, nachdem der Geschäftsabschluß genehmigt war, die Neuausgabe von 50000 auf den Namen lautenden 5proz. Prioritätsaktien im Nominalbetrage von je 100 Frank. Die neuen Prioritätsaktien sollen mit gleichem Stimmrecht ausgestattet werden wie die alten Stammaktien, obgleich diese über 1000 Frank, also über einen zehnfachen Betrag lauten. Der Verwaltungsrat bemerkte hierzu, daß diese Maßnahme notwendig sei, um die Gesellschaft vor der Gefahr einer Überfremdung zu schützen. Es wurde geltend gemacht, daß noch vor kurzem in Deutschland beobachtet worden sei, daß starke Aufkäufe von Aluminiumaktien stattfanden. Diese Aufkäufe scheinen wenig zutreffend, da sich die deutsche Aluminiumindustrie völlig im Besitz des Deutschen Reiches (und einiger „Zernej“ befindet. D. B.) Weiter hätten sich neuerdings an der Londoner Börse amerikanische Interessenten den englischen Aluminiumaktien zugewandt. Man befürchtet also hauptsächlich von amerikanischer Seite einen Aufkauf von Neuhäuser Aktien. Weiter wird vom Verwaltungsrat ausgeführt, daß in dem Augenblick, wo die gegenwärtigen Preis-konventionen ablaufen, mit größter Wahrscheinlichkeit auf dem Aluminiummarkt ein neuer heftiger Konkurrenzkampf einsehen werde. Wenn dann die schweizerische Gesellschaft von Ausländern regiert werde, so bestehe die Gefahr, daß ihr ungünstigere Bezugsquellen und Absatzgebiete zugewiesen werden und daß damit die jetzt glänzend dahinstehende Gesellschaft aufs schwerste geschädigt würde. Die neuen Prioritätsaktien sollen ausschließlich in der Hand von Schweizer Bürgern bleiben, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Die Prioritätsaktien sind zunächst von einem Konsortium übernommen und vorläufig von der schweizerischen Kreditanstalt voll gezeichnet worden. Aus der Versammlung heraus wurde geltend gemacht, daß die neuen Prioritätsaktien eine Entwertung des Stimmrechts der Stammaktien mit sich bringen. Es sei eine Verletzung wohlverworbener Rechte der alten Aktionäre. Die Schaffung der Prioritätsaktien wurde mit einer Mehrheit von 29000 Stimmen gutgeheißen. Nach der beschlossenen Satzungsänderung muß sich der Verwaltungsrat der Gesellschaft in Zukunft zu zwei Dritteln aus Schweizer Bürgern, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, zusammensetzen. Beurteilt man die Situation nach der Neuhäuser Generalversammlung, so sind große Auseinandersetzungen innerhalb der Aluminiumindustrie zu erwarten. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft wird durch ihre gewerkschaftliche Organisation die Dinge verfolgen, damit die Auseinandersetzungen nicht auf Kosten der Arbeiterchaft erfolgen. S. Klemm.



wort empfiehlt Kollege Schneider die Resolution der Tarifkommission zur Annahme. Die vorgenommene Abstimmung ergab gegen zwölf Stimmen die Annahme der nachfolgenden Resolution der Tarifkommission:

Die am 25. März 1928 in Halle tagende Konferenz für die Arbeiterchaft der chemischen und Gummi-Industrie der Sektion 5B hat zur Kündigung der Lohnvertragliche Stellung genommen und beschließt, die Lohnverträge zu dem nächstliegenden Termin zu kündigen. Die Konferenz beauftragt die Verhandlungskommission, dem Arbeitgeberverband die Forderung auf Lohnsteigerung zu überreichen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Löhne bei der letzten Lohnregelung, insbesondere in den Lohnklassen II, III und IV, zurückgeblieben sind, hat die Verhandlungskommission darauf zu achten, daß bei der neuen Lohnregelung ein Ausgleich geschaffen wird. Die Delegierten versprechen, alles zu tun, damit in den Betrieben die letzte Arbeiterin und der letzte Arbeiter sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen.

Nach der Abstimmung wies Kollege Lohski noch einmal darauf hin, daß jeder Funktionär die Pflicht hat, rastlos für die Organisation zu werben.

Jschimmer u. Schwarz.

Der frühere chemische Betrieb „Heinrichshall“, heute im Besitz der Firma Jschimmer u. Schwarz in Greiz-Weimar, ist etwas überaltert und technisch zurückgeblieben. Da die neue Firma den Betrieb modernisieren will, nahm sie Gelegenheit, dies mit Hilfe der Reduzierung der Löhne zu tun. Wie sagt doch der amerikanische Antikönig Ford? Wenn ein Unternehmer sich nur mit Lohnreduzierung helfen kann, dann wäre das nur ein Beweis einer unsachgemäßen und unkaufmännischen Geschäftsführung. Unsere Kollegen werden Sorge tragen, daß diese Mängel recht bald ausgeglichen werden. Die neue Firma nimmt auch freundschaftliche Abstand von wesentlichen Zulagen. In einem Betrieb, der die verschiedenartigsten Säuren herstellt, sind gefährliche Gefahren vorhanden, und es wäre ein Gebot der Anständigkeit, solche Gefahren durch erhöhte Löhne etwas zu mildern. In der Lederleimfabrik in Wünschendorf sind die Zustände recht schlecht. Die Überstundenwirtschaft ist stark eingegriffen, doch liegt das viel an unseren Kollegen selbst. Die Belegschaft muß unter allen Umständen den Tarifvertrag beachten, und vor allem muß sie Mann für Mann zusammenstehen. Das kann die Belegschaft am besten dadurch machen, daß sich alles dem Verbande anschließt. Besonders haben die Frauen und Mädchen Ursache, nicht abseits zu stehen, sondern sich in Reich und Glied zu stellen. Gewiß ist die Zusammenfassung der Belegschaft ungünstig, denn die Kollegen und Kolleginnen wohnen auf eine große Anzahl Orte verstreut. Doch wenn es gilt, die Arbeiterinteressen zu vertreten, müssen alle Hindernisse wegschalten. Die Kollegen in der Lederleimfabrik müssen die Gleichgültigkeit abschütteln und wieder zum Verband kommen, dann werden sie auch die betrieblichen Zustände verbessern können. Die Lithopone-A.-G. in Triebes hat seitdem einige ältere Arbeiter entlassen. Augenblicklich läuft noch eine Klage in dieser Angelegenheit. Die Firma besitzt ferner ein Werk in Wünschendorf. Während in Triebes die Kollegen geschlossen dem Verband angehören und ihre Interessen wahrnehmen können, mangelt es im Wünschendorfer Werk. Auch hier kommt wieder die Zusammenfassung der Belegschaft aus einer Reihe von Orten in Betracht, aber zum Teil haben die Kollegen den Wert der Organisation noch nicht begriffen. Man sieht nur die Erfolge, die der Verband in bezug des Lohnes und der Ferien bringt und vergißt, die Verbandsbeiträge zu entrichten. Die Farbwerke in Croffen handeln genau so, wie es ein Henry Ford nicht möchte. Die Firma Leichmann u. Co. hat den Kollegen eine niedrigere Ortsklasse gezahlt. Durch Verhandlungen erhalten die Kollegen jetzt die richtige Ortsklasse, doch bestehen noch Meinungsverschiedenheiten über betriebliche und bezirkstarifliche Fragen. Dieser Überichtsbericht beweist, daß in den chemischen Betrieben unserer Jahreshälfte noch viel Arbeit harret. In einer Reihe von Funktionärstagen und einigen Versammlungen ist der Inhalt der Verträge erläutert worden, auch wurde zu betrieblichen Fragen Stellung genommen. Die Funktionäre und die organisierten Kollegen in den Betrieben haben den ersten Willen, an der Bessergestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse mit-

Dividenden in der Kaliindustrie.

Die jetzt vorliegenden Abschlüsse der Kaliwerke Salzdettfurth bestätigen, daß bei Salzdettfurth selbst eine Dividendenbeschöpfung von 12 auf 15 Prozent stattgefunden, während bei den beiden anderen Gesellschaften die alten Sätze unverändert bleiben. Bei dem Kaliwerk Salzdettfurth A.-G. ergibt sich ein Reingewinn von 2,59 (2,68) Millionen Reichsmark, woraus nach Ausschüttung von 15 (12) Prozent Dividende 181 411 (153 416) RM. vorgefragt werden.

Bei den Kaliwerken Alfersleben stellt sich der Reingewinn auf 1,37 (1,70) Millionen Reichsmark, wovon noch wieder 10 Prozent Dividende 162 488 (181 226) RM. als Vortrag verbleiben.

Bei den konsolidierten Kaliwerken Westeregeln blieb der Reingewinn mit 1,83 Millionen Reichsmark fast unverändert. Nach wieder 10 Prozent Dividende werden 170 560 (169 804) RM. vorgefragt. (S. S. 8. Mai.) „Frakt. Jtg.“

Nahrungsmittel-Industrie

Zur Kündigung des Rahmenvertrages für die Zuckerindustrie.

Der Rahmenvertrag für die rübenverarbeitende Zuckerindustrie ist von uns gekündigt worden. Nachstehend teilen wir kurz die Gründe, die für die Kündigung maßgebend waren, mit, damit unsere Kollegen unterrichtet sind.

Ende 1923 und Anfang 1924 ging das Bestreben der Arbeitgeber allgemein dahin, eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen. Zu diesem Zweck kündigten uns damals auch die Arbeitgeber der Zuckerindustrie unseren Rahmenvertrag. Sie forderten die zehnstündige Arbeitszeit und die Zweischichtarbeit während der Hauptbetriebszeit ohne jeden Aufschlag für Überstunden.

Nach langen, schwierigen Auseinandersetzungen konnte damals auf dem Verhandlungswege eine Einigung nicht erzielt werden. Die Arbeitgeber riefen den Reichsarbeitsminister zur Vermittlung an. Unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach in der Zuckerindustrie aus wirtschaftlichen und betrieblichen Gründen in zwei Schichten gearbeitet werden kann. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß für die zwölfstündige Schicht der Lohn für zehn Stunden plus 10 Prozent zu zahlen sei. Dieser Schiedsspruch wurde von uns selbstverständlich abgelehnt. Die Arbeitgeber beantragten seine Verbindlichkeit. Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln nahmen wir gegen eine derartige Regelung, und erst recht gegen eine derartige Bezahlung der Arbeit im Zweischichtbetrieb Stellung. In erneuter Verhandlung wurde dann eine bedeutende Verbesserung bei den Zuschlägen erzielt. Es kam ein Vergleich zustande, wonach im Zweischichtbetrieb, der nun einmal zugelassen war, für die zwölfstündige Schicht der zehnstündige Schichtlohn mit einem Aufschlag von 25 Prozent, also praktisch 12½ Stunden gezahlt werden sollte. Auf dieser Basis kam der jetzige Rahmenvertrag zustande.

Von der Zweischichtarbeit sollte nur aus wirtschaftlichen und betrieblichen Gründen Gebrauch gemacht werden. Die Arbeitgeber haben sich wenig um diese Vorschrift gekümmert. Sie haben die Zweischichtarbeit verlangt und durchgesetzt, wo sie die Macht dazu hatten.

Im Jahre 1926 trafen die Arbeitgeber erneut an uns heran und verlangten, daß im Zweischichtbetrieb nur zehn Stunden und 10 Prozent bezahlt werden sollten, wie es seinerzeit der Spruch des Reichsarbeitsministeriums vorgegeben hatte. Wir lehnten das ab, und verlangten für alle Arbeitsstunden auch Bezahlung. Infolge des schlechten Organisationsverhältnisses mußte aber einer Vereinbarung zugestimmt werden,

wonach im Zweischichtbetrieb für die Zwölfstundenschicht zehn Stunden und 20 Prozent, praktisch also 12 Stunden bezahlt werden. Für dieses Zugeständnis unsererseits erhielten wir von den Arbeitgebern ein anderes Zugeständnis in der Urlaubsfrage.

Nachdem diese Vereinbarung erzielt war, gingen die Arbeitgeber dazu über, sie einseitig auszuliegen. Im Bezirk Schießen hatte der Arbeitgeberverband eine Anweisung herausgegeben, wonach in den Betrieben, in denen in zwei Schichten gearbeitet wurde, auch für jene Arbeiter für die 9. und 10. Stunde keinen Zuschlag zu zahlen, die innerhalb der zwölfstündigen Schicht zwei Stunden Pause haben, also nur 10 Stunden arbeiteten und bezahlt bekamen. Also auch für die nicht ununterbrochen tätigen Arbeiter lehnte man den Überstundenzuschlag ab, obwohl der Vertrag klar aussprach, daß für die 10. Stunde ein Zuschlag von 25 Prozent zu zahlen ist, und daß nur dort, wo ununterbrochen durchgearbeitet wird, also regelmäßige Pausen nicht gemacht werden können, zehn Stunden und 20 Prozent zu zahlen sind. Lange schriftliche Auseinandersetzungen waren nötig, um die Arbeitgeber soweit zu bringen, daß sie den vertraglichen Bestimmungen nachkamen und den nicht kontinuierlich arbeitenden Kollegen die ihnen zustehenden Zuschläge zahlten. Schließlich setzten wir unseren Standpunkt überall durch, da eine andere Auslegung gar nicht möglich war. Es mußte aber erst der Versuch gemacht werden, die vertraglichen Bestimmungen in ihr Gegenteil zu verkehren.

Im Frühjahr des vorigen Jahres kam dann das Arbeitszeit-Notgesetz heraus. Dasselbe sah vor, daß für Mehrarbeit ein Zuschlag zu zahlen ist. Infolgedessen traten wir auch an die Arbeitgeber heran und verlangten nunmehr für jede Überstunde einen Zuschlag von 25 Prozent, den auch das Gesetz für angemessen hält. In einer Anzahl anderer Industriegruppen gelang es uns, auf dem Verhandlungswege in dieser Frage eine Einigung zu erzielen. Die Zuckerindustrie lehnte auch hier jedes Entgegenkommen ab. Wiederum wurde der Arbeitsminister zur Entscheidung angerufen, in dessen Auftrag der mitteldeutsche Schlichter, Herr Dr. Lügens (Magdeburg) für die 9. Arbeitsstunde einen Zuschlag von 12 1/2 Prozent, und für die 10. Arbeitsstunde von 25 Prozent festsetzte.

In jeder anderen Industrie wären sich nun die Tarifkontrahenten einig gewesen, daß nunmehr für alle Überstunden, die über die 9. Arbeitsstunde täglich hinausgehen, ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt werden müsse. Die Zuckerfabrikanten lehnten diese Schlussfolgerung ab. Diesem Arbeitgeber, die 14 bis 16 Stunden am Tage arbeiten lassen, und sich dabei weder um Gesetz noch um Verordnungen kümmern, stellen sich jetzt auf einmal auf den Standpunkt, die Zweischichtarbeit sei nur möglich, wenn zwei Stunden Arbeitsbereitschaft eingerechnet werden. Innerhalb der zwölfstündigen Schicht, so schlußfolgerten die Arbeitgeber, seien also zwei Stunden Arbeitsbereitschaft für die ein Zuschlag nicht zu zahlen sei. Wir haben uns gegen die Zweischichtarbeit gewehrt, sie ist uns gegen unseren Willen auf Antrag der Arbeitgeber aufgezwungen worden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es in der Zuckerindustrie eine Arbeitsbereitschaft nicht gibt. Wer im Betriebe ist, muß arbeiten. Er kann seinen Arbeitsplatz selbst während der Einnahme seiner Mahlzeiten nicht verlassen und muß jederzeit die Apparate usw. bedienen. Das ist Arbeit und keine Arbeitsbereitschaft. Es ist im Herbst vorigen Jahres versucht, mit den Arbeitgebern auf dem Verhandlungswege oder durch die Tarifinstanzen diese Differenzen aus der Welt zu schaffen. Das war nicht möglich, da die Arbeitgeber die sonderbare Auffassung vertraten, die Gesetzesvorschrift bezüglich der Überstunden habe auf die Zweischichtarbeit keinen Einfluß. Um nun auch für die Arbeiter der Zuckerindustrie einen ertäglichen Vertragszustand zu schaffen, blieb nur der Weg der Kündigung.

Ob ein neuer brauchbarer Vertrag zustande kommt, hängt in letzter Linie von den Zuckerarbeitern selbst ab. Der erste Vertrag für die Zuckerindustrie wurde im Jahre 1919 geschaffen. Wir verfügten damals über ein Organisationsverhältnis von 85 Prozent. Der Standpunkt, die Stärke der Organisation ist ausschlaggebend für den Erfolg, brach sich hier in einem Gebiet Bahn, das bislang tariflich noch nicht erfasst war. Die Arbeitgeber der Zuckerindustrie standen und stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß die Zuckerfabrik einschließlich der Raffinerie landwirtschaftliche Nebenbetriebe sind. Dementsprechend wollen sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln. Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn ist ihre Parole. Nur dadurch meinen sie, die Industrie rentabel gestalten zu können. Sollen die Tarifverhandlungen für die Zuckerindustrie zu einem günstigen Erfolg führen, dann müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, daß sich die Zuckerarbeiter in den nächsten Wochen reichsweit ihrer Organisation anschließen. Geschieht das nicht, dann können sehr leicht die Zustände der Vorkriegszeit wiederkehren. Also, Ausbau und Festigung der Organisation, das muß in den nächsten Wochen Hauptaufgabe unserer Funktionäre in der Zuckerindustrie sein.

E. Senkfeitl.

An die Kolleginnen in der Konservenindustrie.

Wieder beginnt die Saisonarbeit in der Konservenindustrie. Viele Arbeiterinnen warten schon lange auf den Tag, an welchem sie die alte Arbeit wieder aufnehmen können. Nun ist es unbedingte Pflicht jeder Kollegin, darauf zu achten, daß die geringsten arbeitsrechtlichen Einzelheiten und Abmachungen nicht noch unter der Hand geschrieben werden, und alles Heil nur in der Aktenabteilung gesucht wird. Die Ausschläge für die Überarbeit in der Konservenindustrie dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Deshalb allein ist schon gewerkschaftliche Aufklärung und Tätigkeit unter den Mitarbeiterinnen notwendig. Tariflöhne sind Mindestlöhne. Tarifwidrige Zustände dürfen nirgendwo geduldet werden.

Für die Obst- und Gemüsekonservenfabriken des deutschen Reiches ist ein von je drei Unternehmer- und Arbeiterorganisationen abgeschlossener Rahmenvertrag in Geltung, der für die Arbeitszeit während der Zeit der Verarbeitung von frischem Obst und Gemüse ein weitgehendes Sonderabkommen enthält. Die Löhne sind tariflich, d. h. für bestimmte Gebiete vorkriegsähnlich geregelt. Von allen Industriearten, in denen mit weibliche Arbeiterkräfte beschäftigt werden, darf die Konservenindustrie mit an erster Stelle genannt werden.

Laut Berufszählung vom Jahre 1925 sind von insgesamt 19 775 in der Obst- und Gemüsekonservenfabrikation Beschäftigten 14 428 Frauen. Also drei Viertel der Beschäftigten sind Frauen und Mädchen. Deshalb sind hier auch besondere Frauenaufgaben gegeben, und es ist mit allem Nachdruck gegen falsche Auffassungen zu arbeiten, z. B. die berufstätige Ehefrau brauche nicht besonders gewerkschaftlich organisiert zu sein, wenn ihr Mann schon in der Gewerkschaft sei, und was es dergleichen noch an ähnlichen unsinnigen Ausreden gibt. Die Eigenart der Produktion bringt es auch mit sich, daß ein großer Teil der Arbeiterinnen nur zu gewissen Zeiten — je nachdem, was für Früchte oder Gemüsearten verarbeitet werden — voll beschäftigt ist. Es ist aber keineswegs erforderlich, daß nun der einigermaßen annehmbare Ausgleichtslohn auf die Art zustande kommt, daß vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein gearbeitet wird. Stundenzuschläge und Erhöhung der Akkordsätze sind nötig, aber nur durch die Solidarität zu erreichen. Die Unternehmer argumentieren bewußt falsch, wenn sie von den hohen Löhnen reden, die gar nicht vorhanden sind —, weil die Kampagnezeit mit der riesigen Arbeitsbewältigung, verbunden mit Heimarbeit, überhaupt kein Maßstab sein darf. Nicht nur relativ niedrige Löhne und lange Arbeitszeit muß die Frau in der Konservenindustrie bekämpfen, sondern besonderen Schutz und angemessene Vergütung auch für die gesundheitsgefährlichen Arbeiten fordern, denen die Arbeiterin auch in der Konservenindustrie ausgesetzt ist. Augen-, Kehlkopf- und Bronchialerkrankungen sind nach den Sonderberichten der Gewerbeaufsicht z. B. bei der Verarbeitung von Morcheln festzustellen gewesen. Der Spargelack, der beim Spargelschälen herumsprüht, verursacht oft gefährliche und langwierige Hauterkrankung, die sogenannte Spargelkrätze. Daß besonders die Masse bei der Zubereitung der verschiedenen Gemüsearten usw. Rheumatismus usw. hervorruft, braucht nicht besonders bewiesen zu werden.

Teilweise ist es mit Hilfe der Kolleginnen möglich gewesen, manches zu bessern, und ohne Anrufen des Schlichtungsausschusses die Stundenlöhne um 5 und 6 Pf. zu erhöhen. An anderen Stellen wäre es bei besserer Organisation der Kolleginnen sehr leicht möglich, auch bessere Ergebnisse zu erzielen. Urlaubsfragen und hygienische Einrichtungen im Betriebe dürfen keine Fragen von untergeordneter Bedeutung sein. Die Betriebsvertretungen sind nur dann fähig, zu fordern, wenn die Kolleginnen es wollen. Wo etwas erreicht werden soll, muß zielbewußt agiert werden. Überall müssen Versammlungen stattfinden. Alle Kolleginnen sollen nachdrücklich auf den Verband der Fabrikarbeiter hingewiesen und zu tatkräftigen Mitstreitern gewonnen werden. Wer sich gegen die Organisation sträubt, hat kein Recht, sich über die Ausbeutung seiner Arbeitskraft zu beklagen. Pflichterfüllung wird ganz bestimmt auch Erfolge zeitigen.

Anna Jammert.

Papier-Industrie

Die Ein- und Ausfuhr von Papierholz.

Es ist eine in Fachkreisen längst bekannte Tatsache, daß die deutsche Volkswirtschaft nicht im entferntesten in der Lage ist, die deutsche Papiererzeugungsindustrie mit Papierholz zu versorgen, zumal auf dem deutschen Holzmarkt der Bergbau mit der Papiererzeugungsindustrie beim Aufkauf in Wettbewerb tritt, da Papierholz im allgemeinen gleichzeitig als Grubenholz verwendbar ist. Als Papierholz kommt in erster Linie Fichten- und Tannenholz in Frage, während Kiefer-, Föhre- und Lärche wegen ihrer starken Harzgehalte als Papierrohstoff sehr ungeliebt sind.

Infolgedessen war die deutsche Papiererzeugungsindustrie schon vor dem Kriege gezwungen, den größten Teil ihres Papierholzbedarfes im Auslande zu decken. Die nachstehende Zusammenstellung gibt eine Übersicht vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1927 über

die deutsche Papierholzeinfuhr.

Jahr	Menge	Monatsdurchschnitt
1913	1 284 873 Tonnen	107 073 Tonnen
1922	852 488 Tonnen	71 039 Tonnen
1923	1 557 737 Tonnen	129 811 Tonnen
1924	1 470 156 Tonnen	122 513 Tonnen
1925	2 139 923 Tonnen	178 327 Tonnen
1926	1 833 257 Tonnen	152 772 Tonnen
1927	1 911 476 Tonnen	159 290 Tonnen

Die höchste Papierholzeinfuhr war im Jahre 1925 zu verzeichnen. Mit Ausnahme des Jahres 1922 hat die Papierholzeinfuhr nach Beendigung des Weltkrieges die letzte Friedensjahreinfuhr von 1913 ganz wesentlich überbritten. Daraus geht hervor, daß die deutsche Papiererzeugungsindustrie heute viel stärker als in der Vorkriegszeit auf die Einfuhr ausländischen Papierholzes angewiesen ist. Die im allgemeinen im Jahre 1927 in der deutschen Papiererzeugungsindustrie vorhandene gute Geschäftskonjunktur kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Papierholzeinfuhr im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1926 um rund 80 000 Tonnen gestiegen ist.

Vor dem Kriege kam als Papierholzeinfuhrland in erster Linie Rußland in Frage. Die während und nach dem Weltkriege vorgegangene Umgestaltung der Staatsform in verschiedenen europäischen Staaten und die als Folge des Krieges eingetretene Veränderung der europäischen Landkarte haben es mit sich gebracht, daß auch für den Papierholzbedarf Deutschlands neue Einfuhrgebiete erschaffen wurden. Bis zum Jahre 1923 kam in der Nachkriegszeit in erster Linie die Tschechoslowakei als Papierholzeinfuhrland für Deutschland in Frage. Seit 1926 hat die Papierholzeinfuhr aus Polen und Finnland die Einfuhr aus der Tschechoslowakei überholt. Die nachstehende Zusammenstellung gibt Auskunft für die in den Jahren 1926 und 1927 erfolgten

ausländischen Papierholzeinfuhren:

Staaten	1927	1926
Polen	848 906 Tonnen	806 776 Tonnen
Finnland	441 037 Tonnen	469 492 Tonnen
Tschechoslowakei	360 455 Tonnen	283 790 Tonnen
Österreich	113 705 Tonnen	13 747 Tonnen
Rußland	88 899 Tonnen	128 547 Tonnen
Litauen	26 746 Tonnen	25 334 Tonnen
Wienland	13 882 Tonnen	53 751 Tonnen
Estland	10 640 Tonnen	41 059 Tonnen
Übrige Länder	7 206 Tonnen	7 791 Tonnen

Insgesamt: 1 911 476 Tonnen 1 833 257 Tonnen

Die Papierholzeinfuhr

war in Deutschland bis zum Jahre 1923 verboten. Es wurden nur ganz unbedeutende Papierholzeinfuhren mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums aus den baltischen Grenzgebieten nach der Schweiz ausgeführt. Seit 1923 ist die Papierholzeinfuhr verhältniß-

mäßig stark gestiegen. Die nachstehenden Zahlen geben darüber eine Übersicht:

Jahr	Papierholzeinfuhr
1923	709 Tonnen
1924	40 488 Tonnen
1925	14 954 Tonnen
1926	29 496 Tonnen
1927	16 893 Tonnen

Den Einfuhrzahlen gegenübergestellt ist die Papierholzeinfuhr allerdings ganz geringfügig. Der Hauptanteil der Einfuhr geht nach der Schweiz.

Von den für den Weltmarkt als Produktionsländer in Frage kommenden Staaten dürfte Deutschland der einzige sein, dessen Papiererzeugungsindustrie auf die Papierholzeinfuhr im größten Maße angewiesen ist. Daraus ergibt sich, daß die deutschen Papierholzpreise, die deutschen Kalkulationsbedingungen überhaupt und nicht zuletzt die deutsche Papierausfuhr wesentlich beeinflusst wird von den ausländischen Papierholzpreisen der als Einfuhrländer in Frage kommenden Staaten.

Literarisches.

„Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse.“ Ein Buch mit dem zwei Untertiteln: „Die deutschen Gewerkschaften im Kriege“ und „Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges“. Als Verfasser zeichnen Paul Umbreit und Dr. Charlotte Lorenz, letztere ausschließlich für den zweiten Teil. Im ersten Teil: Die deutschen Gewerkschaften im Kriege“ gibt Paul Umbreit eine Darstellung von der Arbeit der freien deutschen Gewerkschaften seit ihrem ersten eigentlichen Auftreten. In sieben Teilen wird die Arbeit vor dem Kriege, die Wirkung des Krieges auf die Lage der Arbeitnehmer, Hilfsdienstgesetz, Krieg und Arbeiterbewegung, Waffenstillstand und Revolution, und die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege erschöpfend behandelt. Es ist eine ungeheure Fülle von Material zusammenggetragen worden. Die großen Verdienste der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse vor, während und nach dem Kriege sind noch nie so umfassend dargestellt worden. Die Haltung der Gewerkschaften bei Kriegsausbruch und während des Krieges wie bei dem endlichen Friedensschluß hat hier ihres Geschichtsschreibers gefunden. Auch für den, der nicht mit allen Handlungen der deutschen Gewerkschaften in diesen kritischen Zeiten einverstanden war, ist das Werk eine Quelle der Information, für jeden aber von unweibhaft großem historischen Wert. Das ist es um so mehr, als hier einer berichtet, der überall mit dabei war, wo es in den Gewerkschaften galt, schwerwiegende Entschlüsse zu fassen. Eine große Anzahl von Dokumenten und eine Fülle von wertvollem Zahlenmaterial erhöhen den historischen Wert des Buches.

Der Leser des Buches gewinnt ein objektives Bild der damaligen Verhältnisse. Über das Werk Paul Umbreits hat nicht nur für den Geschichtsfreudigen einen Wert. Auch der für die Gegenwart und für die Zukunft arbeitende Gewerkschafter wird das Buch nicht lesen können, ohne von ihm einen neuen Ansporn empfangen zu haben in dem Bewußtsein, daß es noch weiter vorwärts gehen wird in der deutschen Arbeiterbewegung, wie es immer vorwärts gegangen ist. Dieser freundliche Zukunftsglaube zwingt sich jedem auf, der das Buch Umbreits liest, und darum sollte es jeder Gewerkschafter lesen, denn Zuversicht tut uns nur gerade im Hinblick auf die kommende Zeit. Auch der junge Arbeiter wird das Buch nicht ohne großen Gewinn aus der Hand legen, er wird nach dem Lesen des Werkes ein Verständnis für die damalige schwierige Situation haben und nicht nur das, er wird aus ihm viel für die Zukunft lernen können. Es gibt ja kaum ein Gebiet der Arbeiterbewegung oder eine Frage von Interesse aus der Kriegsgeschichte der Gewerkschaften, die Paul Umbreit mit fesselnder Darstellungskraft nicht behandelt hätte. Sein Buch ist eine unerschöpfbare Informationsquelle.

Im zweiten Teil behandelt Dr. Charlotte Lorenz die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges. Wie Umbreit (dieses auch sie eine kurze Einleitung über die Lage der erwerbstätigen Frauen vor dem Kriege in sozialer, beruflicher und politischer Beziehung voraus. Dann lernen wir die Organisation der Frauenarbeit durch das Kriegsgesamt, die Art der Beschäftigung der Frauen, ihre Arbeitsbedingungen und ihre Bewährung in allen Teilen der Kriegswirtschaft kennen. Nicht unerwähnt bleibt natürlich die Tätigkeit der Frauen in der Verwundeten- und Krankenpflege und in den Etappen. In einem besonderen Abschnitt wird über den Anteil der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung berichtet. Wie die Fürsorge für die erwerbstätige Frau sich gestaltete und welche Wirkungen die Kriegsarbeit auf die Frauen hatte, wie die Demobilisierung der Frauenarbeit vor sich ging, wird in den zwei letzten der sechs Buchabschnitte dargestellt. Auch dieser Teil des Gesamtwerkes ist in seiner gemeinverständlichen Fassung ein wertvolles Nachschlagewerk und eine fast unerschöpfliche Informationsquelle für jeden, der sich mit diesen Fragen beschäftigen muß. Über auch dem nicht in diesem Grade beruflich Tätigen bietet dieser Teil des Gesamtwerkes eine Fülle von Wissenswerten.

„Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse“ ist von der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, Neckarstr. 121—123, zu beziehen. Preis 16 RM.

„Sozialistischer Literaturführer“, Band 2. 2. Jahrbuch der Bücherwart. Herausgegeben vom Reichsausschuß für soziale Arbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. 108 Seiten, Preis 1,20 Mk. Der vorliegende zweite Band des „Sozialistischen Literaturführers“ enthält die Leitartikel der Bücherwart vom Jahre 1927, in denen jeweils ein bestimmtes Wissensgebiet behandelt und die wichtigste Literatur angegeben wird. Neben Aufsätzen, die Wirtschaftstheorie, Wirtschaftskunde, Weltwirtschaftslehre, politische Geschichte und Verfassungskunde behandeln, stehen andere, in denen Probleme der Völkerkunde, der Soziologie, Naturphilosophie und Biologie erörtert werden. Die freundliche Aufnahme, die der erste Band (der übrigens fast völlig vergriffen ist) in weiten Leserkreisen gefunden hat, berechtigt zu der Hoffnung, daß auch der jetzt erscheinende Band allen, die an der Vertiefung und Systematisierung ihres Wissens arbeiten, ein willkommenes Führer sein wird.

„Jugend-Liederbuch.“ 8. Auflage. 400. bis 450. Tausend. Zusammengeheftet von August Ubbrecht. 180 Seiten. Preis: kartoniert 60 Pf., in Ganzleinen 1 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. — Das seit einiger Zeit vergriffene und daher langverkauft „Jugend-Liederbuch“ ist nunmehr erschienen. Die neue Ausgabe ist stark erweitert worden. Die Anzahl der Liederstücke ist 348. Besonders erweitert wurde die Gruppe der Arbeiter- und Freiheitslieder. Erweitert wurde ferner das Liederbuch noch um die Abteilungen: „Turner- und Barschenschaftslieder“, „Walddeutsche Lieder“, „Kanon“, neben den gut ausgewählten Gruppen „Wander- und Marschlieder“, „Für Heim und Raft“, „Liebeslieder“, „Schmerzen und Wehklagen“ und „Abschiedslieder“ usw. Wir können das Liederbuch angelegentlich empfehlen. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

„Der Streikbefehl der Organisation.“ Unter diesem Titel erscheint im Verlage von Georg Stilke, Berlin, eine Abhandlung über Begriff, Entstehung, Durchführung des Streiks. Die Stellung der Gewerkschaften zu diesem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel wird in klarer Weise dargestellt. Die Haltung der Gewerkschaften aus unerlaubter Handlung im Falle der Streikanordnung wird behandelt. Das ist besonders interessant im Hinblick auf den letzten Deutschen Juristentag, der sich bekanntlich auch mit dieser Frage beschäftigt hatte. Weiter findet sich in dem sehr verständlich geschriebenen Buche ein Kapitel über Friedenspflicht und ihre Erfüllung zum Streikbefehl. Es schließt bisher an einem Werke, das Wissen und Durchführung des Streikes sowie die möglichen Verpflichtungen aus ihm vom Standpunkte des geltenden Rechtes aus behandelte. Diese Lücke ist jetzt ausgefüllt. Das Buch kostet kartoniert 3 RM.